

# Prof. Richard Delbrueck und die Anfänge der Reichskonkordats- verhandlungen aus den Jahren 1920 bis 1923

Von Stefan Samerski

## 1. Zum Thema: Vorbemerkungen

Person und Wirken Richard Delbruecks verknüpft die Forschung aufs engste mit den Sondierungen um ein Reichskonkordat in den Anfangsjahren der Weimarer Republik. Die ersten Sondierungen nehmen in der wissenschaftlichen Diskussion nur geringen Raum ein und werden einzig aus der Perspektive des Konkordatsabschlusses mit den nationalsozialistischen Machthabern betrachtet. Die diplomatischen Demarchen aus den Jahren 1920–23 und ihr Scheitern lassen sich aber erst vor dem Hintergrund des Zeitgeschehens und der zum Teil recht eingeschränkten Tätigkeitssphäre Richard Delbruecks verstehen. Zu einem fundierteren Verständnis der ersten Sondierungen trägt die Untersuchung der beiden verhandlungsprägenden Faktoren, beruflicher Werdegang Delbruecks und die außenpolitischen Rahmenbedingungen, entscheidend bei.

Dem archivkundigen Historiker ist Delbrueck durch seine violetten Buntstiftglossen und Paraphen im diplomatischen Schriftverkehr der deutsch-vatikanischen Beziehungen bekannt. Die relativ kurze Amtszeit Delbruecks – er leitete für nur etwa drei Jahre das Vatikanreferat im Auswärtigen Amt in Berlin – erhält deshalb besondere Bedeutung, weil sie geprägt war von Umbruch und Neuorganisation der kirchlichen Verhältnisse in der jungen Republik. Der gesellschaftliche und politische Zusammenbruch des Kaiserreiches und die harten territorialen Bestimmungen des Versailler Vertrages hatten weitreichende Folgen für das Verhältnis von Kirche und Staat in Deutschland. Zwischen 1919 und 1921 wurden 4,49 Millionen Katholiken vom Deutschen Reich abgetrennt;<sup>1</sup> der politische Umbruch und die Weimarer Reichsverfassung zogen die Gültigkeit der Zirkumskriptionsbullens und

---

<sup>1</sup> Vgl. H. A. Krose, *Kirchliches Handbuch für das katholische Deutschland*, Bd. 10 (1921–1922), Freiburg i.Br. 1922, S. 189. Die Katholiken in den westlichen und östlichen Abtrennungsgebieten machten 33,06 % der katholischen Bevölkerung Deutschlands aus.

Konkordate des 19. Jahrhunderts in Zweifel. Außerdem verursachten die militärische Niederlage und die Versailler Friedensordnung eine internationale Isolation Deutschlands, die man durch den mäßigen Einfluß der neutralen Mächte zu mildern versuchte. Dem herausragenden Vertreter dieser Gruppe, dem Hl. Stuhl, kam besondere politische Bedeutung zu, insbesondere auch wegen seiner allseits bekannten politischen Stetigkeit.<sup>2</sup> In diesem Zusammenhang steht auch die bisher nicht ausreichend beleuchtete, positive politische Bedeutung des deutschen Katholizismus in den Anfangsjahren der Weimarer Republik. Es überrascht deswegen, daß man einen Außenseiter in das politisch wichtige Vatikanreferat des Auswärtigen Amtes berief. Delbrueck war dies in zweierlei Hinsicht: Als Wissenschaftler hatte er weder eine diplomatische Ausbildung genossen und ausländische Missionen erfüllt, noch gehörte er zu der – von den Nachbarstaaten zwar heftig kritisierten, aber dennoch von ihnen bevorzugten<sup>3</sup> – gesellschaftlichen Schicht, die auch nach der Schülerschen Reform des Amtes von 1920 die Außenpolitik der Republik im wesentlichen gestaltete.<sup>4</sup> Das politische Wirken dieses „outsiders“ beleuchtet die Literatur einzig unter dem Aspekt der Konkordatspolitik, in der er nach Volk „eine persönliche Aufgabe erblickte“.<sup>5</sup> Schreiber stilisiert ihn aus persönlicher Kenntnis zum einflußreichsten und selbständig arbeitenden Konkordatsexperten.<sup>6</sup> Dabei blieben sein Werdegang und seine

---

<sup>2</sup> Vgl. dazu E. Deuerlein, Das Reichskonkordat. Beiträge zu Geschichte, Abschluß und Vollzug des Konkordates zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Deutschen Reich vom 20. Juli 1933, Düsseldorf 1956, S. 14. Vgl. auch St. A. Stehlin, Weimar and the Vatican 1919–1933. German-Vatican Diplomatic Relations in the Interwar Years, Princeton N.J. 1983, S. 22–24; C. Bauer, Das Reichskonkordat, in: Hochland 49 (1956/57), S. 169–176, hier S. 171.

<sup>3</sup> Vgl. Friedrich Rosen, Aus meinem diplomatischen Wanderleben. Aus dem Nachlaß hg. von H. Müller-Werth, Wiesbaden 1959, S. 290. Vgl. auch engl. Beispiel bei K. Doß, Das deutsche Auswärtige Amt im Übergang von Kaiserreich zur Weimarer Republik. Die Schülersche Reform, Düsseldorf 1977, S. 276 Anm. 439.

<sup>4</sup> Vgl. Doß, S. 278: „Allein das Gewicht der alten Beamtenschaft in der Behörde ließ eine grundlegende Verlagerung der Führungsaufgaben auf Außenseiter nicht zu“. Vgl. aus eigener Anschauung: E. Kordt, Nicht aus den Akten, Stuttgart 1950, S. 24–27. P. Krüger, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt 1985, S. 25, spricht von „einem aristokratischen Grundzug“. Die Schülersche Reform, die eine „Demokratisierung“ des Auswärtigen Amtes intendierte, greife erst zwischen 1920 und 1922. Vgl. zur Schülerschen Personalpolitik: Doß, S. 270–279. Richtig ist, daß der Zugang zum diplomatischen Dienst nun allen gesellschaftlichen Schichten offenstand. Schüler hatte eine große Aufgeschlossenheit für outsiders. Sieht man sich aber den Geschäftsverteilungsplan des Amtes an, erkennt man, daß in der ersten Hälfte der zwanziger Jahre diese Affinität bei Referatsleitung, Botschafterberufungen u.ä. insgesamt geringe Wirkung zeigte. Vgl. Zur Sozialstruktur des Auswärtigen Amtes zuletzt: H.-J. Döscher, Das Auswärtige Amt im Dritten Reich, Berlin 1987, S. 35–50, bes. S. 44–47.

<sup>5</sup> L. Volk, Das Reichskonkordat vom 20. Juli 1933 (= Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte bei der Katholischen Akademie in Bayern, Reihe B, Bd. 5), Mainz 1972, S. 7. Ähnlich äußert sich K. Scholder, Die Kirchen und das Dritte Reich, Bd. 1, Berlin 1986, S. 78: „ein lebhafter Verfechter der Konkordatsidee“.

<sup>6</sup> G. Schreiber, Deutsche Kirchenpolitik nach dem ersten Weltkrieg. Gestalten und Geschehnisse der Novemberrevolution 1918 und der Weimarer Zeit, in: HJ 70 (1950),

anderen Arbeitsgebiete bisher unberücksichtigt.<sup>7</sup> Zahlreiche offene Fragen, die das Reichskonkordat berühren, können aber nur mit Hilfe der Biographie Delbruecks geklärt werden.<sup>8</sup>

## 2. Delbruecks Herkunft und Werdegang

Der am 14. Juli 1875 in Jena geborene Richard Delbrueck wuchs in einem von der Wissenschaft geprägten Elternhaus auf: Sein Vater, Berthold Delbrueck, lehrte als ordentlicher Professor für Sanskrit und vergleichende Sprachforschung an der Universität Jena und gehörte der Königlich-Sächsischen Gesellschaft der Wissenschaft in Leipzig an.<sup>9</sup> Kollegen seines Vaters ebneten Delbruecks späteren Weg zum Kaiserlich-Deutschen Archäologischen Institut in Rom.<sup>10</sup> Für eine wissenschaftliche Karriere waren alle Voraussetzungen erfüllt. Nach seiner Reifeprüfung in Jena zu Ostern 1893 studierte er zunächst ein Jahr Nationalökonomie in Neuchâtel und München, von 1894–1899 Archäologie und Kunstgeschichte in Berlin, München und Bonn bei Usener, Bücheler und Loeschke. Sein breitgefächertes wissenschaftliches Interesse wandte sich zunächst den hellenisierten Gebieten des mediterranen Ostens zu. Am 28. Januar 1899 wurde er mit der Dissertation „Beiträge zur Kenntnis der Linienperspektive in der griechischen Kunst“ in

---

S. 296–333, hier S. 316–333. Vgl. auch G. May, Ludwig Kaas. Der Priester, der Politiker und der Gelehrte aus der Schule von Ulrich Stutz, Bd. 2, Amsterdam 1982, S. 361: „Dieser suchte den Abschluß des Reichskonkordats nach Kräften zu betreiben“.

<sup>7</sup> Die Literatur, die sich mit Delbrueck beschäftigt, verwendet durchgängig die falsche Schreibweise seines Nachnamens: „Delbrück“.

<sup>8</sup> Bereits Bauer verlangt programmatisch und ausgreifend die „Einordnung in den organischen Sachzusammenhang der deutschen Kirchenpolitik seit der Reichsgründung“. „Nur aus dieser Scheweise läßt sich auch die Frage nach der Vorgeschichte zutreffend beantworten, vor allem ihr Beginn richtig ansetzen“ (S. 169).

<sup>9</sup> Zum Lebenslauf vgl.: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PA/AA), Rep. 4, Personalia Nr. 100: Dr. R. Delbrück, Juni 1909–1922, tabellarischer Lebenslauf. Universitätsarchiv Bonn (UA Bonn), Stammbuch der Philosophischen Fakultät der Universität Bonn, Bd. 2, Handgeschriebene Vita Delbruecks vom 10. Oktober 1928. E. Langlotz, Richard Delbrueck 1875–1957, in: Bonner Gelehrte. Beiträge zur Geschichte der Wissenschaften in Bonn: Philosophie und Altertumswissenschaften (= 150 Jahre Rheinisch-Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn 1818–1968), Bonn 1968, S. 244–249. Professor Richard Delbrueck, in: Rheinische-Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Chronik und Bericht für das Akademische Jahr 1955/56, S. 26–28. Vgl. auch Nachruf von H. Drerup, in: *Gnomon* 30 (1958), S. 414–416.

<sup>10</sup> Besonders Prof. Franz Studniczka (1860–1929), der ihn 1908 nach Rom brachte, später Delbrueck aber aufgrund seiner schroffen Art kritisch gegenüberstand, war sein großer Mentor: L. Wickert, Beiträge zur Geschichte des Deutschen Archäologischen Instituts 1879 bis 1929 (= Das Deutsche Archäologische Institut. Geschichte und Dokumente, Bd. 2), Mainz 1979, S. 64, 69 Anm. 86. Wickert spricht sogar vom „Schützling von Studniczka“ (S. 64). Studniczka war 1896 bis 1929 Professor für klassische Archäologie in Leipzig und dort Direktor des Archäologischen Instituts. Außerdem saß er bis 1910 als Auswärtiges Mitglied in der Zentralkommission in Berlin, vgl. Handbuch für das Deutsche Reich auf das Jahr 1910, Berlin 1910.

Bonn bei Georg Loeschke promoviert, dessen Lehrstuhl er später übernahm. 1899/1900 erhielt er das Stipendium für das Deutsche Archäologische Institut in Rom. Die Gutachter charakterisierten ihn als „besonders begabt, aber unerzogen; sehr selbständig, hartnäckig“<sup>11</sup> – Eigenschaften, die sowohl im archäologischen Institut wie auch später im Auswärtigen Amt zur Kritik an seiner „hohen Selbstüberschätzung und den vielfachen von ihm verschuldeten Mißverhältnissen“<sup>12</sup> führten.

An sein Stipendium schlossen sich mehrjährige Forschungsreisen durch Italien und Griechenland an, deren Ergebnis ein Werk über die vorkaiserliche Baukunst Roms war, speziell über die hellenistischen Bauten in Latium.<sup>13</sup> Die dazu erforderlichen Grabungen und Untersuchungen, die das Archäologische Institut finanzierte, ließen ihn aller Wahrscheinlichkeit nach in Rom mit dem fast gleichaltrigen Eugenio Pacelli zusammenkommen, der in seiner Studienzeit an Ausgrabungen teilnahm.<sup>14</sup> Nachdem er sich am 31. Oktober 1903 mit einer baugeschichtlichen Studie über römische Tempel in Berlin habilitierte und dort bis 1909 angestellt wurde, ging er schon zum 1. Oktober 1908 zur Unterstützung des Sekretariates an das Kaiserlich-Deutsche Archäologische Institut nach Rom,<sup>15</sup> wo er sich vorzugsweise topographischen und baugeschichtlichen Studien widmete. Als der Mommsenschüler Christian Hülsen aus persönlichen Gründen<sup>16</sup> die Leitung des Instituts in Rom im Oktober 1909 aufgab, schlug die Zentralkommission des Archäologischen Instituts in Berlin Delbrueck als Ersten Sekretär für die

<sup>11</sup> Wickert, S. 64. Durch seine Bewerbung um ein Stipendium taucht Delbrueck erstmals in der Geschichte des archäologischen Instituts auf, die Wickert anhand der Protokolle nachzeichnet. Obwohl auch der Generalsekretär des Instituts Delbrueck als „etwas gefährlich“ (ebd.) einschätzte, wurde sein Gesuch um ein zweites Stipendium 1901 aus rein formalen Gründen abgelehnt. Zum deutschen archäologischen Institut in Rom vgl. G. Rodenwaldt, Archäologisches Institut des Deutschen Reiches 1829–1929, Berlin 1929, S. 37–40. A. Hudal, Die deutsche Kulturarbeit in Italien, in: *Deutschtum im Ausland*, 55./56. Heft, Münster 1934, S. 205–212.

<sup>12</sup> Wickert, S. 64. 1902 äußerte der Reichskanzler Michaelis gegenüber Studniczka, daß Delbruecks großes Selbstbewußtsein und seine Art, Leute vor den Kopf zu stoßen – besonders Wilhelm Dörpfeld gegenüber – allen Sonderbewilligungen für Delbrueck entgegenstand: ebd.

<sup>13</sup> Das zweibändige Werk ist erst 1911 erschienen.

<sup>14</sup> Bis 1899 bzw. 1902 studierte Pacelli zusätzlich Griechisch, Lateinisch und alte Geschichte bei Karl Julius Beloch. Hinweise auf sein Interesse an der Antike und Archäologie: N. Padellaro, Pius XII., Bonn 1952, S. 47; C. Vervoort, Pius XII., Antwerpen/Zürich/Bonn 1949, S. 34–35.

<sup>15</sup> Nach Auseinandersetzungen um die zweite Sekretärstelle wurde Delbrueck mit Wirkung vom 1. April 1909 kommissarisch zum Ersten Sekretär ernannt: vgl. Wickert, S. 69. Dies geht ebenso aus dem tabellarischen Lebenslauf hervor, den Delbrueck bei seinem offiziellen Eintritt in das Auswärtige Amt ausfüllte: PA/AA, Rep. 4, Personalien Nr. 100.

<sup>16</sup> Vgl. hierzu die Reflexionen von Ludwig Curtius, *Deutsche und antike Welt. Lebenserinnerungen*, Stuttgart 1950, S. 176. Christian Hülsen (1858–1935) war 1887–1909 am Deutschen Archäolog. Institut in Rom; seit 1917 Professor in Heidelberg. Wickert (S. 65–73) stellt den Vorgang der Verdrängung Hülsens ausführlich und im Gegensatz zu den Akten des AA geringfügig verändert dar.

Zweigstelle in Rom vor.<sup>17</sup> Freunde des Vaters, insbesondere Prof. Studniczka aus Leipzig<sup>18</sup>, dürfen als Spiritus rector angesehen werden. Intrigen, insbesondere der deutschen Botschaft beim Quirinal, verhinderten aber seine Berufung bis 1911.<sup>19</sup> Obgleich seine wissenschaftlichen Qualitäten, sein Arbeitseifer und Organisationstalent unbestritten waren, stieß Delbruecks „starke und energische Persönlichkeit“<sup>20</sup> in Rom wie später auch im Auswärtigen Amt auf Widerstand. Hinzu kam, daß die Zentraldirektion in Berlin und ihre Auslandsinstitute neu organisiert wurden, so daß vorläufig keine endgültige Besetzung vorgenommen werden konnte.<sup>21</sup> Dementsprechend wurde Delbrueck – durch die Unterstützung des Auswärtigen Amtes – die Leitung des Instituts in Rom als „kommissarischer 1. Sekretär“ rückwirkend vom 1. April 1909 übertragen.<sup>22</sup> Wenig später wurde ihm vom preußischen Kultusministerium der Professorentitel verliehen. Nachdem Pressemeldungen auf den ungeordneten Zustand des römischen Instituts hingewiesen hatten und die Quirinalbotschaft ihren Widerstand aufgegeben zu haben schien,<sup>23</sup> konnte Delbruecks formelle Ernennung zum Ersten Sekretär durch den deutschen Kaiser Wilhelm II. am 21. April 1911 erfolgen.<sup>24</sup> Für Delbrueck waren die folgenden Jahre eine außerordentlich schaffensreiche Zeit: Er widmete sich der Erforschung der bisher vernachlässigten spätrepublikanischen Bauten in Italien und einer anderen, gleichfalls wenig beachteten Epoche: der Spätantike.<sup>25</sup> Man wird davon ausgehen müssen, daß Delbrueck sich wegen seiner getriebenen Erfahrung mit der deutschen Botschaft fast aus-

<sup>17</sup> PA/AA, Rep. 4, Personalialia Nr. 100, Notiz vom 6. Mai 1909.

<sup>18</sup> Vgl. Langlotz, S. 245.

<sup>19</sup> PA/AA, Rep. 4, Personalialia Nr. 100, Studniczka an AA vom 2. Mai 1911. Der Deutsche Botschafter Anton Graf Monts de Mazin (1903–1909) brachte durch ein Gutachten Hülsen zu Fall, der sich von der Leitung zurückzog. Monts Nachfolger, Gottlieb von Jagow (1909–1913), förderte seinen Freund Hülsen, kam aber selbst zu spät nach Rom. Aus diesem Grund versuchte er die Kandidatur Delbruecks zu unterminieren.

<sup>20</sup> Ebd.

<sup>21</sup> PA/AA, Rep. 4, Personalialia Nr. 100, Reichskanzler an Vors. Sekretär der Akademie der Wissenschaften in Berlin, 10. Juli 1910. Dies war kein bloßer Vorwand. Zwischen 1895 und 1914 wurden in der Tat die Zentraldirektion und die Institutsverfassung verändert: Rodenwaldt, S. 37.

<sup>22</sup> PA/AA, Rep. 4, Personalialia Nr. 100, Notiz über den Erlaß des preuß. Kultusministeriums vom 17. Mai 1909. Vgl. auch Wickert, S. 69.

<sup>23</sup> Aus genauer Kenntnis: PA/AA, Rep. 4, Personalialia Nr. 100, Studniczka an AA vom 2. Mai 1911. Der Widerstand von Jagows gegen Delbrueck schien zu dieser Zeit abgebaut worden zu sein. Bereits 1908, also noch vor Delbruecks Berufung, befürchtete der damals in Rom als Privatgelehrter lebende Walther Amelung, daß Delbrueck „trotz all seiner Tüchtigkeit (...) dem Institut doch am Ende schaden“ könne: Wickert, S. 67. Entscheidenden Einfluß der Quirinalbotschaft bestätigt ebd., S. 75.

<sup>24</sup> PA/AA, Rep. 4, Personalialia Nr. 100, Wilhelm II. an Reichskanzlei vom 21. April 1911.

<sup>25</sup> Vgl. dazu den wissenschaftlichen Nachruf von Langlotz, S. 245–246. Rodenwaldt, S. 39 spricht nicht ganz korrekt von „etruskischen Grabfassaden und der kaiserzeitlichen Architektur Roms“.

schließlich der Wissenschaft zuwandte<sup>26</sup> – Kontakte zum diplomatischen Korps konnten aber aufgrund seiner Position nicht ausbleiben.<sup>27</sup>

Der Kriegseintritt Italiens zu Pfingsten 1915 beendete Delbruecks Tätigkeit abrupt: Durch den Abbruch der diplomatischen Beziehungen wurden alle Angehörige des Auswärtigen Amtes in Italien in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Das Archäologische Institut war ebenfalls davon betroffen, da es seit 1874 dem Auswärtigen Amt des Deutschen Reiches angegliedert war und seine Mitarbeiter seither als etatisierte Beamte besoldet wurden.<sup>28</sup> Delbrueck verließ mit seiner Familie Rom und wurde als Kriegsfreiwilliger am 20. März 1916 im preußischen Kriegsministerium als Hilfsreferent eingestellt, wo er seit Juni 1915 in der Abteilung Gefangenenschutz tätig war.<sup>29</sup> Nach Kriegsende wurde seine Tätigkeit im Ministerium verlängert, weil das Archäologische Institut in Rom noch bis 1924 geschlossen blieb und selbst an einen Umzug nach Deutschland nicht zu denken war, da die italienische Regierung das gesamte Inventar noch nicht freigegeben hatte. Außerdem hatte sich Delbrueck durch die Leitung des Instituts so unbeliebt gemacht, daß ein Disziplinarverfahren drohte.<sup>30</sup>

Am 4. Oktober 1919 wurde ihm erstmals eine diplomatische Mission übertragen, die allerdings später vom Auswärtigen Amt ignoriert wurde: Er reiste als Reichskommissar für den Gefangenenaustausch vom 4. Oktober 1919 bis zum 31. März 1920 nach Polen.<sup>31</sup> Am 7. Februar erreichte ihn die Aufforderung des Außenministeriums, sich in der dortigen Personalabteilung zu melden, die ihn am 16. März zum „ständigen Hilfsarbeiter im Auswärtigen Amt“ für die Abteilung II (Westeuropa), zu der seinerzeit auch der Hl. Stuhl gehörte, ernannte.<sup>32</sup>

### 3. Delbrueck und die Schülersche Personalpolitik

Wie kam es, daß ein talentierter und arrivierter Wissenschaftler ohne nennenswerte diplomatische Erfahrung, noch dazu mit einem offensichtlich wenig gewinnenden Wesen, in den auswärtigen Dienst übernommen wurde?

<sup>26</sup> Vgl. Langlotz, S. 246.

<sup>27</sup> Curtius, S. 193 schildert die enge Beziehung des Instituts zur Quirinalbotschaft.

<sup>28</sup> Vgl. Wickert, S. 75. Vgl. auch Hudal, S. 207.

<sup>29</sup> PA/AA, Rep. 4, Personalia Nr. 100, Kaiserl.-Archäol. Institut in Berlin an Bethmann-Hollweg vom 24. März 1916. Bereits im Juli 1915 konnte eine Einberufung zum Alpenkorps durch die Intervention des preuß. Kriegsministeriums verhindert werden.

<sup>30</sup> Vgl. aus sicherer Quelle: Wickert, S. 75 bes. Anm. 90. Auch E. Hohenemser, Deutsche Erinnerungen in Rom, Neapel 1938, S. 80, findet keine positive Würdigung: „Sein Vorgänger im Amt vor dem Krieg (Delbrueck) hatte als einziger unter so vielen ausgezeichneten Gelehrten (...) ein recht mittelmäßiges Andenken hinterlassen. Es ist Amelungs Verdienst, dass er durch die Liebenswürdigkeit seines Wesens die groben Taktlosigkeiten seines Amtsvorgängers wieder auslöschte“.

<sup>31</sup> UA Bonn, Personalakte der Philosoph. Fakultät: Prof.Dr. Richard Delbrueck Bd. 1, Fragebogen.

<sup>32</sup> PA/AA, Personalia Nr. 100, Ausw. Amt an Delbrueck vom 16. März 1920.

Die von Schreiber<sup>33</sup> angenommene Protektion Friedrich Rosens scheidet aus, da dieser outsiders nicht grundsätzlich sympathisch gegenüberstand.<sup>34</sup> Viel eher kamen Delbrueck die äußeren Umstände zugute. Nach Kriegsende war seine Aufgabe im Kriegsministerium abgeschlossen, eine Rückkehr nach Rom unmöglich und das Auswärtige Amt – seine eigentliche Dienststelle – benötigte dringend Arbeitskräfte: Der Personalbestand der höheren Beamten im Ministerium war durch die Kriegseinwirkungen auf etwa die Hälfte zurückgegangen.<sup>35</sup> Die Aufstockung in den ersten Nachkriegsjahren leitete der Geheime Rat Edmund Schüler ein, der seit dem 31. August 1919 Direktor der Personal- und Verwaltungsabteilung des Auswärtigen Amtes war. Seine Vorliebe für Hanseaten und Außenseiter brachte zahlreiche Wirtschaftsfachleute und Wissenschaftler in zum Teil leitende Positionen;<sup>36</sup> Schülers Reformpolitik wurde letztlich nicht zuende geführt, da die Durchsetzung der geradezu revolutionären Umwälzung nicht durch eine unanfechtbare Position im Amt gewährleistet war.<sup>37</sup> Daß Schülersche Außenseiter gerade in den Folgejahren einen schweren Stand im Amt hatten, bezeugt die politische Memoirenliteratur.<sup>38</sup> Auch Delbrueck hatte darunter zu leiden, da ihn das Los des outsiders gleich in zweifacher Hinsicht traf; aufgrund dieser Momente ist er ein Prototyp des Außenseiters Schülerscher Personalpolitik.<sup>39</sup> Mangelnde Aufstiegschancen und Arbeitsüberlastung – ihm wurden die drei politischen Referate „Vatikan“, „Schuld“ und „Deutschland“ dauernd bzw. zeitweilig übertragen, dazu die Leitung des Archives – prägten seine Tätigkeit.<sup>40</sup> Diese

<sup>33</sup> Vgl. Schreiber, *Deutsche Kirchenpolitik*, S. 316–317.

<sup>34</sup> Vgl. Rosen, S. 288, 335. Rosen (1856–1935) war vom 10. Mai bis zum 22. Oktober 1921 Außenminister. Seine Laufbahn in die Nähe Delbruecks zu rücken, wie es Schreiber, *Deutsche Kirchenpolitik*, S. 317 tut, ist sicherlich übertrieben. Rosen hatte aus einer Art Familientradition Orientalistik studiert, trat aber wie sein Vater nach Abschluß der Studien in den auswärtigen Dienst ein: Rosen, S. 11.

<sup>35</sup> Vgl. Doß, S. 213 Anm. 254. Am 1. April 1914 zählte der Etat 335 höhere Beamte, am 1. April 1918 waren es nur noch 184. Zum größten Teil ist der Rückgang auf den Abbruch zahlreicher diplomatischer Beziehungen Deutschlands zurückzuführen. Vgl. auch Doß, S. 258.

<sup>36</sup> Zu den Außenseitern Schülerscher Personalpolitik: Doß, S. 271–279. Vgl. auch H. G. Sasse, *Zur Geschichte des Auswärtigen Amtes*, in: *100 Jahre Auswärtiges Amt 1870–1970*, Bonn 1970, S. 23–46, hier S. 38–39.

<sup>37</sup> Schüler war als Personalreferent auf Staatssekretärschichtebene den ständig wechselnden Ministern untergeordnet. Er erhielt die Vollmacht, Personalvorschläge unmittelbar dem Minister vorzulegen. Vgl. hierzu Doß, S. 221–222. Er schied am 31. Dezember 1920 aus dem Ministerium aus. Die Gründe hierfür sind nicht ganz geklärt; atmosphärische und sachliche Störungen insbesondere unter Außenminister Simons führten schließlich dazu, daß Schüler sein Amt aufgab. Ebd., S. 287.

<sup>38</sup> Vgl. den Eindruck des Außenministers, dessen Urteile stets ins Persönliche gehen: Rosen, S. 288, 335. Vgl. auch den Dirigenten der Ostabteilung: Herbert von Dirksen, *Moskau, Tokio, London. Erinnerungen und Betrachtungen zu 20 Jahren deutscher Außenpolitik 1919–1939*, Stuttgart o.J., S. 54. Vgl. Kordt, S. 26–27.

<sup>39</sup> Vgl. hierzu die schon von Schreiber, *Deutsche Kirchenpolitik*, S. 317 geäußerte Ansicht.

<sup>40</sup> PA/AA, Rep. 4, Personalia Nr. 100, Delbrueck an das AA, Abtlg. I H vom 8. April 1922. Er beklagt sich über die Zurücksetzung im Amt und die Zuteilung der Arbeit. Vgl.

außerordentliche Belastung entsprach „Delbruecks Fähigkeit, in schneller, zielbewußter Arbeit große Stoffmengen zu bewältigen“. <sup>41</sup> Von wissenschaftlichen Fachkollegen wird er als scharf- bzw. weitsichtig und als geschickter Organisator beschrieben ebenso wie als eigenwillig und schwierig. <sup>42</sup> Seine Eigenwilligkeit bezog sich auch auf die Parteipolitik, die ihn im Auswärtigen Amt geradezu zu einem Ignoranten machte. <sup>43</sup> Einzige Hilfe im Amt waren ihm seine Sprachkenntnisse, insbesondere die des Italienischen, die ihn für das Vatikanreferat prädestinierten, und verwandtschaftliche Beziehungen – sein Vetter war der preußische Staatsminister Clemens von Delbrück.

#### 4. Das Vatikanreferat und sein erster Leiter

Bereits Schreiber deutet an, daß das Vatikanreferat für Delbrueck „Neuland“ war, das nicht nur aufgebaut, sondern zunächst erst definiert werden mußte – und zwar sowohl innerhalb des Auswärtigen Amtes als auch gegenüber den anderen Behörden und Ministerien. <sup>44</sup> Hinsichtlich der Kirchen- und Kulturpolitik besaß das Amt bisher kein eigentliches Referat, sondern nur bescheidene Ansätze (in den Ressorts Auslandsschulen, Missionsgesellschaften etc.). Durch die Auflösung der alten Politischen Abteilungen und der grundsätzlichen Neugliederung des Ganzen im Sinne des französischen Regionalprinzips wies der damalige Außenminister Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau <sup>45</sup> im April 1919 „Kirchenwesen“ der neu ins Leben gerufenen Kulturabteilung (III) zu. Unter diesem Begriff subsumierte er die Bearbeitung der innerdeutschen Verhältnisse, die Abgrenzung gegenüber den ausländischen Kirchengemeinden, das Ordenswesen und die Beziehung zwischen Staat und Kurie in Rom. <sup>46</sup> Dieses Projekt Brockdorff-Rantzau stieß im eigenen Amt auf Widerspruch und wurde daher auf Eis gelegt. Das Vatikanreferat, das schließlich der Ländergruppe II (Westeuropa) zugeordnet wurde, mußte sich naturgemäß am Reichsinnenministerium und dem preußischen Kultusministerium orientieren, die eigene Kirchen- bzw. Kulturabteilungen

---

dazu Geschäftsverteilungsplan vom April 1920, in: Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945 (ADAP), Serie A, Bd. 3, Göttingen 1985, S. 611–626.

<sup>41</sup> Drerup, S. 414.

<sup>42</sup> Vgl. Langlotz, S. 244, 246–247. Vgl. auch Drerup, S. 414–416. Das archäologisch-wissenschaftliche Arbeiten macht ihn keineswegs für die diplomatische Tätigkeit prädestiniert, wie Curtius, S. 454 und Schreiber, Deutsche Kirchenpolitik, S. 316 angeben. Schreiber schätzt Delbruecks außerwissenschaftliche Tätigkeit in Rom aus kollegialer Sympathie bei weitem zu bedeutend ein: „So war Delbrück durch sein Tiber-Erlebnis, aber auch durch den Ablauf des ersten Weltkrieges gut unterrichtet“.

<sup>43</sup> Seit 1933 zeigte er eine sichtbare Abneigung gegen das Regime, was zu einer ungewöhnlich frühen Emeritierung führte; vgl. Langlotz, S. 248.

<sup>44</sup> Vgl. Schreiber, Deutsche Kirchenpolitik, S. 317.

<sup>45</sup> Der ungewöhnliche Diplomat Brockdorff-Rantzau (1869–1928) leitete das Auswärtige Amt von 1918 bis 1919, von 1922–1928 als Botschafter in Moskau.

<sup>46</sup> Vgl. K. Düwell, Deutschlands auswärtige Kulturpolitik 1918–1932. Grundlinien und Dokumente, Köln 1976, S. 81–83.



unterhielten. Allerdings fand Delbrueck hier nur wenig Rückhalt, da der Leiter der Kulturabteilung des Innenministeriums, der sozialdemokratische Staatssekretär Heinrich Schulz, „kein inneres Verhältnis zur Materie“<sup>47</sup> hatte und man gegenüber Preußen einen eigenen Weg einschlagen wollte.<sup>48</sup> Dennoch beanspruchte das Innenministerium aufgrund seines Schul- und Kirchenreferates in den folgenden Jahren beständig Verhandlungskompetenzen hinsichtlich eines Reichskonkordats. Nicht zuletzt führten die Konkordatsverhandlungen im Auswärtigen Amt dazu, sich von den preußischen Ministerien mehr und mehr abzugrenzen und eigene Ziele zu verfolgen. Außerdem war es für die Sondierungen ungünstig, daß das Vatikanreferat nur als „stiefmütterliches Nebenreferat“ geführt wurde, das außerdem „stellenmäßig viel zu schwach unterbaut“<sup>49</sup> war, so daß die Arbeitslast auf Delbrueck allein ruhte. Den Mangel an kirchenrechtlicher und staatsrechtlicher Ausbildung<sup>50</sup> versuchte man dadurch auszugleichen, daß man einen kirchenrechtlich ausgebildeten Geistlichen an die deutsche Botschaft beim Vatikan in der Person des Konsultors schickte. Hier setzte sich Delbrueck zu Beginn seiner Amtszeit gegen das preußische Kultusministerium und den Vatikanbotschafter Diego von Bergen durch, die ihre Kandidaten durchsetzen wollten.<sup>51</sup>

Zu diesem organisatorischen Nachteil kam noch ein persönlicher: Delbruecks Arbeit war auf die Kooperation mit den anderen Dienststellen des Auswärtigen Amtes angewiesen – beispielsweise auf das Polenreferat bei der Diözesanabgrenzung im Osten, auf die Vatikanbotschaft etc. Eine ebenso wichtige Funktion hatte der deutsche Botschafter beim Hl. Stuhl, Diego von Bergen,<sup>52</sup> inne, dessen Meinungsverschiedenheiten mit Delbrueck 1922 offen zutage traten und schließlich zum Ausscheiden des Professors beitrugen. Bergens politische Freunde im Amt – sein Schwager Herbert von Dirksen,<sup>53</sup>

<sup>47</sup> G. Schreiber, *Zwischen Demokratie und Diktatur. Persönliche Erinnerungen an die Politik und Kultur des Reiches von 1919–1944*. Regensburg/Münster 1949, S. 76. Vgl. auch Schreiber, *Deutsche Kirchenpolitik*, S. 317. Schulz war von 1919 bis 1927 Staatssekretär.

<sup>48</sup> Schreiber, *Deutsche Kirchenpolitik*, S. 318, gibt an, Wirth habe vermutlich solche Weisung gegeben. Ob dem so war, ist fraglich; rein faktisch läßt sich diese Unabhängigkeit bereits seit 1920 beobachten.

<sup>49</sup> Schreiber, *Demokratie und Diktatur*, S. 113–114. Erst unter Stresemann trat hier ein Wandel ein.

<sup>50</sup> Vgl. ebd., S. 114.

<sup>51</sup> Zur Institution des geistlichen Konsultors und dem Wirken Johannes Steinmanns vgl. St. Samerski, *Der geistliche Konsultor der deutschen Botschaft beim Hl. Stuhl während der Weimarer Republik*, in: RQ 86 (1991), S. 261–278. G. May, *Ludwig Kaas*, Bd. 1, Amsterdam 1981, S. 170–171, übersieht, daß der erste nichtoffizielle Konsultor, der aber dessen Funktionen bis Mitte 1921 ausübte, Richard Sander war, der von Anfang an gegen von Bergens Protegé Steinmann von Delbrueck begünstigt wurde. Ebenso war der Initiator laut Personalakte nicht der Vatikanbotschafter, sondern aller Wahrscheinlichkeit nach das Zentrum. Die endgültige Anstellung Steinmanns geschah erst im Herbst 1923.

<sup>52</sup> Diego von Bergen (1872–1944) war von 1920 bis 1943 deutscher Botschafter beim Hl. Stuhl. Vgl. A. Erler, *Carl-Ludwig Diego von Bergen*, in: NDB 2, S. 78.

<sup>53</sup> Herbert von Dirksen (1882–1955) war seit 1920 an der Botschaft in Warschau, im Oktober 1921 übernahm er die Leitung des Polenreferates im Auswärtigen Amt, 1923–24

Julius Graf von Zech-Burkersroda,<sup>54</sup> Botschaftsrat Richard Meyer – versuchten sogar, sein Wirken zu unterminieren. Ihre amtliche Position gegenüber dem „Hilfsarbeiter“ und Regierungsrat<sup>55</sup> ließen es zu, an Delbrueck vorbei Politik zu machen:<sup>56</sup> Hinsichtlich der Neuordnung der östlichen Jurisdiktionsbezirke, die zu dieser Zeit in den deutsch-vatikanischen Beziehungen breiten Raum einnahm, trat Delbrueck nicht als Entscheidungsträger auf, obwohl sie in seine Zuständigkeit fiel; dagegen kam ihm im Amt unbestrittene Kompetenz bei Konkordatsfragen zu. Auch wenn man die vatikanisch-sowjetische Annäherung betrachtet, die bereits vor Rapallo Gestalt annahm, sucht man den Namen Delbrueck in der diplomatischen Korrespondenz vergebens, obwohl diese, für die deutsche Außenpolitik hochbrisante und politisch wichtige Materie ebenfalls in den Geschäftsbereich des Vatikanreferates gehörte. Hier waren der Staatssekretär Ago von Maltzan, der Moskaubotschafter Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau sowie der Vatikanbotschafter Diego von Bergen und sein Konsultor Johannes Steinmann tonangebend.

Delbrueck hatte also für erfolgversprechende Verhandlungen um ein Reichskonkordat, das auf das Entgegenkommen der anderen deutschen Behörden angewiesen war, eine äußerst eingeschränkte Handlungsbasis.

## 5. Die ersten Sondierungen um ein Reichskonkordat

### 5.1. Vorarbeiten

Kirche und Staat waren beiderseits daran interessiert, ihr Verhältnis nach dem verfassungsmäßigen und politischen Umbruch in Deutschland 1918/19 neu zu ordnen. Nachdem man formal und technisch die Grundvoraussetzung für Verhandlungen durch die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen geschaffen hatte, begann man auf beiden Seiten unverzüglich mit den Vorarbeiten, ohne den beiden wichtigsten Hindernissen größeres Gewicht beizumessen: die Schulfrage, gegen die sich insbesondere Preußen sperrte, und die Konkordatsverhandlungen mit Bayern, die von Anfang an die Position der

---

Generalkonsul in Danzig, seit 1925 Dirigent in der Ostabteilung und seit März 1928 deren Direktor. Zu von Dirksen vgl. kurz: P. Grupp, Herbert von Dirksen, in: W. Benz / H. Graml (Hg.), *Biographisches Lexikon zur Weimarer Republik*, München 1988, S. 63–64.

<sup>54</sup> Graf von Zech war seit 1921 Vertreter der Reichsregierung in München, 1922 ging er als Gesandter nach Helsingfors, 1928 nach Den Haag.

<sup>55</sup> Andere Referatsleiter waren Legationsräte oder noch höher gestellt. Delbrueck beklagte sich im April 1922 über diesen Mißstand: PA/AA, Rep. 4, Personalien Nr. 100, Delbrueck an Abtlg. I H des AA vom 8. April 1922.

<sup>56</sup> Vgl. Schreiber, *Demokratie und Diktatur*, S. 113. Beispiel für die Rivalität: PA/AA, Botschaft Hl. Stuhl 356 (Danzig, Bd. 1), Privatbrief des Leiters der Ostabteilung, Herbert von Dirksen, an Richard Meyer vom 6. Februar 1923: „Wenn ich fahren würde, ließe sich Delbrueck die günstige Gelegenheit kaum entgehen und das müssen wir vermeiden.“ (Das Wort „vermeiden“ ist sogar unterstrichen.)

Reichsregierung belasteten.<sup>57</sup> Nachdem im Herbst 1919 der Reichsaußenminister Hermann Müller die Absicht auf Konkordatsverhandlungen äußerte, eröffnete der Münchener Nuntius Eugenio Pacelli am 29. und 30. Dezember 1919 in Berlin die Verhandlungsrunde mit Gesprächen über Verfahrens- und Rechtsfragen.<sup>58</sup> Während Pacelli noch zögerte, den römischen Katalog zur Diskussion zu stellen, waren die deutschen Behörden fieberhaft bemüht, Verhandlungspunkte zusammenzustellen. Da das Auswärtige Amt das lebhafteste Interesse an Konkordatsverhandlungen zeigte, wurde der Vatikanreferent mit den Vorarbeiten betraut.

Als Delbrueck im Frühjahr 1920 ins Amt kam, widmete er sich unverzüglich dieser Frage. Vorarbeiten lagen im wesentlichen noch nicht vor, obwohl seit 1919 von allen Seiten die feste Absicht bekundet wurde, Verhandlungen alsbald aufzunehmen, und erste Vorbesprechungen geführt wurden.

Delbrueck erkannte, daß zunächst zwei Voraussetzungen erfüllt sein mußten: Um erfolgversprechend Verhandlungen einzuleiten, brauchte das Reich wegen der Kulturautonomie der Gliedstaaten grünes Licht von den Ländern; des weiteren mußte ein Rahmen thematisch abgesteckt werden, der als Ausgangspunkt für die Verhandlungen dienen sollte.

Delbruecks Unsicherheit zeigte sich bei den ersten Sondierungsgesprächen; er brachte keineswegs „ein gewisses Verhältnis zur Materie“<sup>59</sup> mit – wie konnte er auch. Kontakte mit den deutschen Ländern, insbesondere mit Bayern und Preußen, waren Delbruecks erste Schritte, die allerdings auf wenig Resonanz stießen. Als politischer Neuling maß er der Kompetenz und dem Widerstand der Gliedstaaten zu wenig Bedeutung für spätere Verhandlungen bei, was sich dahingehend auswirkte, daß sie in den nächsten Jahren nicht recht in Gang kommen wollten. Das lag nicht zuletzt daran, daß Nuntius Pacelli zunächst die Verhandlungen des Reiches den bayerischen nachordnete, um ein Musterkonkordat präsentieren zu können.<sup>60</sup>

Delbruecks Enttäuschung über die erste Fühlungnahme mit den Ländern, hier Preußen, war aber auch inhaltlicher Natur. Er notierte über ein Gespräch im preußischen Kultusministerium vom 19. April 1920 mit völligem Unverständnis, daß die Frage der Diözesangrenzen für Preußens „ausenpolitische Rücksichten nicht von Wichtigkeit zu sein scheinen“.<sup>61</sup> An der Beibehaltung der östlichen Diözesangrenzen nach den Gebietsabtretungen durch den Vertrag von Versailles bzw. den Volksabstimmungen und der insbesondere von Preußen immer wieder geltend gemachte Gültigkeit der Zir-

<sup>57</sup> May, Bd. 2, S. 181: „Bayern und Preußen waren sich in der Gegnerschaft gegen das Reichskonkordat einig“. Volk, S. 3: „unverhohlene Sabotierungsabsichten einzelstaatlicher Provenienz“. Insgesamt fällt bei Volk eine wohlwollende Beurteilung der bayerischen Politik auf.

<sup>58</sup> Vgl. Volk, S. 5. Vgl. auch Deuerlein, S. 10.

<sup>59</sup> Schreiber, Demokratie und Diktatur, S. 75–76.

<sup>60</sup> Vgl. K. Scholder, Die Kirchen und das Dritte Reich, Bd. 1, Frankfurt a.M. 1986, S. 79–80.

<sup>61</sup> PA/AA, II Vat. Po 2 Nr. 1/Bd. 1, Aufzeichnung Delbruecks vom 19. April 1920.

kumskriptionsbulle „De salute animarum“ von 1821 hatte Deutschland gewichtiges außenpolitisches Interesse. Stark vereinfachend läßt sich festhalten, daß Preußen und die Reichsregierung geradezu intransigent an der Gültigkeit der Bulle festhielten, um ihre Einflußmöglichkeiten in den östlichen Jurisdiktionsbezirken und bei den Bischofswahlen weiterhin zu legitimieren, zumindest aber beim römischen Entscheidungsprozeß hinsichtlich der Neuordnung der Bistümer Kulm, Ermland, Gnesen/Polen und Breslau als Verhandlungspartner zugelassen zu werden. Dagegen hatte die Kurie an der weiteren Gültigkeit der Bulle prinzipiell kein Interesse; bei brisanten Fragen aber, wie bei der Kölner Vakanz 1919/20<sup>62</sup> und der Trierer Neubesetzung 1921/22,<sup>63</sup> berücksichtigte sie faktisch deutsche Interessen.

### 5.2. Der erste deutsche Forderungskatalog

Um den inhaltlichen Rahmen abzustecken, konferierte Delbrueck als Vertreter des Auswärtigen Amtes im Mai 1920 mit dem Kultusministerium und einigen Bischöfen Preußens sowie mit einem Vertreter des Reichsinnenministeriums. Man einigte sich auf fünf Punkte, wobei die Domkapitelfrage und die Diözesangrenzen von den bischöflichen Vertretern angeregt wurden.<sup>64</sup> Delbrueck hielt die Beibehaltung der alten Jurisdiktionsbezirke besonders im Osten<sup>65</sup> nicht für vertretbar. Er bewies damit Weitblick, konnte sich aber gegenüber den revisionsmotivierten politischen Leitlinien im Amt und dem Eigeninteresse Breslaus nicht durchsetzen.<sup>66</sup> Wirft man einen Blick in die Aufzeichnungen, die Delbrueck im Sommer 1920 – also etwa ein Vierteljahr nach seinem Amtsantritt – abfaßte, fallen sein Kenntnisreichtum und seine klaren politischen Gedankengänge auf. Rückwirkend läßt sich eine große

---

<sup>62</sup> Vgl. hierzu: N. Trippen, *Das Domkapitel und die Erzbischofswahlen in Köln 1821–1929* (= Bonner Beiträge zur Kirchengeschichte 1), Köln/Wien 1972, S. 485–507. Vgl. auch: D. Golombek, *Die politische Vorgeschichte des Preußenkonkordats (1929)* (= Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte bei der Katholischen Akademie in Bayern, Reihe B, Bd. 4), Mainz 1970, S. 1; 14 Anm. 38; 19. Der Tod des Erzbischofs Hartmann reduzierte die deutschen Kardinäle auf einen, gegenüber 2 Polen und 8 Franzosen (Stehlin, S. 60). Die wichtige Rheinmetropole war unbesetzt und Frankreich förderte hier separatistische Tendenzen. Man einigte sich schließlich auf den allseits genehmen Paderborner Erzbischof Carl Joseph Schulte.

<sup>63</sup> Vgl. Volk, S. 17–19. Anfang Dezember 1921 starb Bischof Michael Korum. Die Vakanz war deshalb für Deutschland politisch bedeutsam, weil Frankreich sich für die Errichtung eines eigenen Saarbistums einsetzte. Man einigte sich mit Pacelli Anfang 1922, den Bischofsstuhl rasch zu besetzen.

<sup>64</sup> PA/AA, II Vat. Po 2 Nr. 1/Bd. 1, Aufzeichnung vom 14. Mai 1920. Ein kurzer Reflex bei May, Bd. 2, S. 360–361. Volk, S. 8, gibt fälschlich an, die „Zusammenstellung“ mit fünf Punkten vom 1. Juni sei die erste gewesen, in der Delbrueck Domkapitel und Diözesangrenzen ergänzt habe. Zu den Teilnehmern: May, Bd. 2, S. 360.

<sup>65</sup> Besonders die abgetrennten westpreußischen Gebiete um Tütz und Danzig sowie die Volksabstimmungen in Oberschlesien waren brisante politische Fragen.

<sup>66</sup> PA/AA, II Vat. Po 2 Nr. 1/Bd. 1, Aufzeichnung zur Frage des Reichskonkordates vom 14. Mai 1920.

Nähe zu den kirchenpolitischen Zielvorstellungen Joseph Wirths erkennen, insbesondere auch in der Arbeitsweise.<sup>67</sup> Neben dem Reichskanzler war er es, der einem Reichskonkordat größten außenpolitischen Nutzen beimaß.<sup>68</sup> Ganz deutlich wird dies aus einem Gespräch mit dem preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun<sup>69</sup> im November 1921: Delbrueck fürchtete, daß der Hl. Stuhl den Interessen Polens bzw. Frankreichs dahingehend entgegenkommen könnte, daß er die Katholiken des Saarlandes, Danzigs und Ermlands von deutschen Diözesen abschneide und sie ausländischen zuordne. Dieses bedeute eine Entfremdung von ca. 3 Millionen Katholiken. Delbrueck konstatierte: „Es handele sich also hier um eine Frage der großen auswärtigen Politik. Der einzige Weg, um dieses Unglück zu verhüten, sei der schleunige Abschluß eines Reichskonkordats.“<sup>70</sup> In einer solchen Deutlichkeit trug kein weiterer deutscher Politiker dieses Motiv vor, das zu den wichtigsten und tragfähigsten für die Aufnahme von Verhandlungen mit dem Hl. Stuhl gerechnet werden muß. Man gewinnt fast den Eindruck, als habe man nur wegen des Prestigegewinns und der innenpolitischen Beruhigung Konkordatsverhandlungen mit solch einem Eifer betrieben. Während der Isolation nach dem verlorenen Weltkrieg und dem Vertrag von Versailles war der Hl. Stuhl der bedeutendste Bündnispartner, mit dem ein Vertragsabschluß eine enorme außenpolitische Aufwertung bedeutete. Delbrueck, der diplomatische Außenseiter, brachte die Sondierungen immer wieder in Gang, indem er beständig auf den politischen Wert der deutsch-vatikanischen Beziehungen hinwies, die sich in den Anfangsjahren der Republik als tragfähig und facettenreich erwiesen.

Während einer interministeriellen Besprechung am Nachmittag des 11. November 1921 begründete der Vatikanreferent sogar „die außenpolitische Notwendigkeit eines Reichskonkordats. Die Kurie sei für uns die Zentrale im Verkehr mit den feindlichen Ländern“.<sup>71</sup> Wegen der Gebietsabtretungen an den Rändern Deutschlands durch den Versailler Vertrag waren

<sup>67</sup> Zu Wirth vgl. die Charakterisierung von Th. A. Knapp, Joseph Wirth (1879–1956), in: *Zeitgeschichte in Lebensbildern*, Bd. 1, S. 160–173, hier S. 164–166. Parteipolitisch läßt sich, wie oben erwähnt, keine Übereinstimmung feststellen.

<sup>68</sup> Volk mißachtet dieses Hauptmotiv der deutschen Verhandlungspartner, die die internationale Isolation durch einen völkerrechtlichen Vertrag überwinden und die Integrität des Reiches im Osten retten wollten. Die Akten des Vatikanreferates lassen dieses Motiv als *spiritus rector* erscheinen. Vgl. Besprechung vom 11. November 1921: Druck bei: *Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik: Die Kabinette Wirth I und II*, Bd. 1, bearb. von I. Schulze-Bidlingmaier, Boppard/Rh. 1973 (ARK), Nr. 139. Ebenfalls bei: Deuerlein, S. 24–29; Rede Wirth S. 26. Vgl. ferner E. Laubach, *Die Politik der Kabinette Wirth 1921/22*, Lübeck/Hamburg 1968, S. 259–260. May, Bd. 2, S. 362; Bauer, S. 171.

<sup>69</sup> Otto Braun (1872–1955) war mit kurzen Unterbrechungen von 1920 bis 1932 preußischer Ministerpräsident.

<sup>70</sup> O. Braun, *Von Weimar zu Hitler*, Hamburg 3<sup>1949</sup>, S. 155; vgl. auch: Schreiber, *Demokratie und Diktatur*, S. 79–80.

<sup>71</sup> ARK, Nr. 139 (Protokoll über die Besprechung vom 11. November 1921), S. 388. Deuerlein, S. 24–29, ediert das bayerische Protokoll, das weniger ausführlich ist, aber inhaltlich kaum von dem der Reichskanzlei bzw. des AA abweicht.

„die akuten Anlässe (...) die Frage des Saargebiets und die des Ostens“, konkret „die östlichen Diözesangrenzen in Danzig, Posen und Oberschlesien sowie (...) der Schutz der Minoritäten in den letzteren abgetretenen Gebieten“. <sup>72</sup> Reichskanzler Wirth verfolgte dieselbe politische Linie: „Wieweit die Kurie das Reich in weltpolitischen Fragen werde unterstützen können, vermöge er nicht zu erörtern; jedenfalls mußten wir wieder trachten nach Fühlung mit Weltmächten“. <sup>73</sup> Es ist also kaum zu übersehen, daß das Hauptinteresse der Reichsregierung an einem Konkordatsabschluß auf außenpolitischen Gesichtspunkten basierte. Selbst Bayern trug diesen Argumenten Rechnung und mäßigte seinen Widerstand. <sup>74</sup>

Bis Juni 1920 wurden keine weiteren Verhandlungsschritte unternommen, sondern innerhalb des Auswärtigen Amtes sondiert. Anfang Juni entschied man sich dort, auch den preußischen Geschäftsträger in München, Graf von Zech, in die Konkordatsverhandlungen einzubeziehen. Man schickte ihm daher den deutschen Forderungskatalog von fünf Punkten zu. <sup>75</sup> Durch von Zech, der ebenfalls über gute Kontakte zu Pacelli verfügte, hatte man einen Mittelsmann bei der Nuntiatur in München. Dies war deshalb erforderlich, weil der Nuntius nur selten nach Berlin kam, da ihn die bayerischen Verhandlungen stark in Anspruch nahmen, wie er selbst häufig betonte. Die Arbeitsüberlastung im Amt erschwerte Delbrueck jede Kontaktaufnahme mit Pacelli. Daß die Anregung, von Zech einzubeziehen, nicht vom Vatikanreferenten kam, darf mit Sicherheit angenommen werden. Durch von Zech wurde Delbruecks selbständiges Arbeiten eingeschränkt. Außerdem gehörte er zu jener Gruppe um von Bergen und von Dirksen, die Delbruecks Tätigkeit im Amt mißtrauisch beobachteten. Diese Zweigleisigkeit innerhalb des Auswärtigen Amtes mußte jede reibungslose Demarche untergraben. Andererseits war aber die Eigenständigkeit, die Delbruecks Arbeiten auszeichnete, den Reichskonkordatsverhandlungen im letzten nicht förderlich, da diese subtile Materie nur durch ständig Fühlungnahme und umfassende Konsultationen der verschiedenen Ressorts und Ministerien bewältigt werden konnte.

<sup>72</sup> Ebd.

<sup>73</sup> Rede Wirths ebd., S. 389: „Er wolle auch noch die Notwendigkeit mit Rücksicht auf die von dem Referenten im Auswärtigen Amt hervorgehobenen Punkte: Saargebiet, Danzig, Oberschlesien unterstreichen“. Rede Wirths nach bayerischer Aufzeichnung: Deuerlein, S. 24–29, hier S. 26: „Wir würden verschüttet sein, wenn wir mit der Kurie auseinandergeraten würden“.

<sup>74</sup> Protokoll der Besprechung vom 11. November 1921, in: ARK, Nr. 139, S. 389; Graf Lerchenfeld: „dagegen müsse er die Notwendigkeiten, die sich im Osten ergeben, anerkennen. Dort sei das Deutschtum gefährdet und könne nur gehalten werden, wenn die katholische Kirche das Deutschtum stütze“. „Es sei notwendig, sich klar zu werden, weitere Verhandlungen über ein Reichskonkordat einzuleiten“ (ebd.). Zu Bayerns Partikularismus vgl. Volk, S. 7; Stehlin, S. 376.

<sup>75</sup> PA/AA, II Vat. Po 2 Nr. 1/Bd. 1, Delbrueck an Zech vom 1. Juni 1920. Die fünf Punkte sind abgedruckt bei: A. Kupper, Staatliche Akten über die Reichskonkordatsverhandlungen 1933 (= Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte bei der Katholischen Akademie in Bayern, Reihe A, Bd. 2), Mainz 1969, Anhang Nr. 3.

Im Juli nahm Delbrueck mit Pacelli, der sich gerade in Berlin aufhielt, Gespräche auf, die zu einer Modifizierung und Erweiterung der deutschen Verhandlungspunkte führten und – auf Anregung des Nuntius – die Schulfrage einbrachten.<sup>76</sup> Zu den Besprechungen wurden auch Ludwig Kaas und Georg Schreiber hinzugezogen.<sup>77</sup> Da der Nuntius keine wesentlichen Einwände hatte und sich im allgemeinen positiv äußerte, schien der Referent den erarbeiteten Katalog für eine konkrete Gesprächsgrundlage zu halten. Die nunmehr acht Punkte Delbruecks waren auch deshalb präsentabel, weil sie sich nicht als deutscher Forderungskatalog verstanden; sie trugen nämlich auch römischen Wünschen Rechnung. Das Reichskabinett sollte die Liste als Grundsatzpapier verabschieden.<sup>78</sup>

Am 5. Juli wurde Graf von Zech mit der Weitergabe der Zusammenstellung beauftragt, der aber die Übergabe verhinderte.<sup>79</sup> Das Auswärtige Amt gab seinen Widerstand gegen ein bayerisches Konkordat auf, um selbst ungehindert eigene Verhandlungen um ein Reichskonkordat führen zu können. Die Länder dagegen waren im Frühherbst 1920 noch nicht zu einem Einlenken bereit, um nicht Konkordatsmaterie für eigene Verhandlungen aus der Hand zu geben.

Zu diesem Ergebnis kam Delbrueck nach seinen Gesprächen mit preußischen und bayerischen Ministerien.<sup>80</sup>

Zu weiteren Sondierungen reiste Delbrueck Mitte September 1920 nach München, wo er mit dem Nuntius und dem bayerischen Staatsministerium Gespräche aufnahm.<sup>81</sup> Dort im Ministerium übergab er die im Sommer zusammengestellte interne Liste<sup>82</sup> des Außenministeriums von acht Punkten,

<sup>76</sup> Zu den Verhandlungen mit Pacelli am 5. Juli 1920 vgl. Bericht Delbruecks, Druck bei: R. Morsey, Zur Vorgeschichte des Reichskonkordats aus den Jahren 1920 und 1921, in: Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Kan. Abtlg. Bd. 44 (1958), S. 237–267, hier S. 244–246. Zur Modifizierung vgl. Verhandlungspunkte vom 12. Juli 1920, Druck bei: Kupper, Anhang Nr. 2. Volk, S. 8, stellt die Aufnahme der drei kirchlichen Wünsche – Schulfrage, Ablösung der Staatsleistungen sowie geistliche Orden – als Ergebnis der Besprechung Delbruecks mit Pacelli im Juli dar.

<sup>77</sup> Vgl. May, Bd. 2, S. 361; Schreiber, Deutsche Kirchenpolitik, S. 318.

<sup>78</sup> Vgl. May, Bd. 2, S. 361.

<sup>79</sup> Vgl. Morsey, S. 246–247. Dieser außerordentliche Schritt von Zechs hatte weniger in einer persönlichen und grundsätzlichen Animosität gegenüber einem Reichskonkordat seine Ursache – er war Gesandter und kein Minister – als vielmehr in der gemeinsamen Opposition der Delbrueckfeindlichen Clique. Das Zitat, das Morsey, S. 247 Anm. 37 als Beleg von Zechs „persönlicher Auffassung“ (ebd.) angibt, liest sich eher wie eine verworrene Rechtfertigung.

<sup>80</sup> Vgl. Volk, S. 7–8.

<sup>81</sup> Zum folgenden: Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Geheimes Staatsarchiv München (GStA München), Bayer. Gesandtschaft Päpstlicher Stuhl 972, Vormerkung vom 23. September 1920. Volk bezieht sich wohl auf diese Besprechung (S. 8 Anm. 40), gibt aber fälschlich den 17. September als Tag der Besprechung an, die tatsächlich am 15. und 18. im Referat 10 stattgefunden hatte. Ebenso unrichtig ist, daß Delbrueck zu dieser Zeit auf den Abschluß des Bayernkonkordates warten wollte, wie May, Bd. 2, S. 361 angibt.

<sup>82</sup> Die Liste war vom Reichsaußenminister Simons genehmigt, lag aber noch nicht der Reichsregierung vor.

die aber in München schon bekannt war. Formal konnte Delbrueck nur erreichen, daß die bayerische Regierung die Federführung des Auswärtigen Amtes bei seinen Verhandlungen anerkannte. Ferner schwächte das Staatsministerium seinen Widerstand gegen die deutschen Verhandlungen ab und behielt sich nur noch vor, den eigenen Vertrag vor dem des Reiches durchzubringen. Man kam auch darin überein, den Reichstag nicht zu beteiligen. Was die Konkordatsmaterie anging, warb der Vatikanreferent darum, den Partikularismus der Länder zurückzustellen, damit sich ein Reichskonkordat als Rahmenkonkordat inhaltlich nicht nur auf die rein religiösen Bestimmungen der Reichsverfassung zu beschränken brauche. Der externen Ausbildung der Priesteramtskandidaten, insbesondere in Rom, maß er politische Bedeutung bei, da man diese später wegen ihrer Romkenntnis möglicherweise als Konsultoren an die deutschen Auslandsvertretungen schicken könne.<sup>83</sup> Der Plan, einen Konsultor an die deutsche Botschaft beim Hl. Stuhl zu entsenden, war in diesen Monaten provisorisch ausgeführt worden, um den politischen Einfluß Deutschlands auch in religiösen Fragen sicherzustellen.<sup>84</sup> Dabei zeigte sich, daß Delbrueck über eine nicht unwichtige Stimme im Auswärtigen Amt verfügte, da er seinen Kandidaten Franz Sander, Dompropst des Bistums Ermland, gegen von Bergens Protegé Johannes Steinmann, Domdechant in Breslau, der bereits seit dem Sommer an der Botschaft in Rom tätig war, durchsetzte – allerdings nur provisorisch auf ein Jahr.<sup>85</sup> Der ruhiger denkende und diplomatisch geschickter agierende Steinmann wurde aber dennoch auf Wunsch von Bergens ab 1921 beschäftigt und 1923 endgültig als Botschaftskonsultor installiert, als Delbrueck das Auswärtige Amt verlassen hatte. Derartige Konflikte mit dem Vatikanbotschafter waren nicht unüblich; sie führten zu einer tiefgreifenden Mißstimmung, die schließlich in das diplomatische Fiasko vom Juni 1922 mündete, das noch zur Sprache kommen wird. Wenn auch Volk hier bei weitem von Bergens Politik überzeichnet und mißdeutet, indem er von einem preußischen<sup>86</sup> und „harten Obstruktionskurs“<sup>87</sup> spricht, so zeigt doch dieses Ereignis im Jahre 1922 den Gipfelpunkt

---

<sup>83</sup> Ergebnisse der Besprechungen erstmals abgedruckt in: Morsey, S. 247–250. Ausführlicher: GStA München, Gesandtschaft Päpstlicher Stuhl Nr. 972: Aufzeichnung vom 27. September 1920.

<sup>84</sup> Sander kam im Oktober 1920 nach Rom und zwar auf Drängen der Zentrumsparterie, die sich dafür einsetzte, daß katholische Positionen an der neuingerichteten deutschen Botschaft beim Hl. Stuhl stärker als bisher vertreten wurden. Vgl. hierzu: Samerski, *Der geistliche Konsultor*, S. 264–267.

<sup>85</sup> Vgl. ebd., S. 266.

<sup>86</sup> Daß von Bergens eigener politischer Kurs nicht mit dem der preußischen Ministerien identisch war, darf als erwiesen gelten. (Vgl. Stehlin, S. 58; Schreiber, *Demokratie und Diktatur*, S. 90–91; Samerski, *Katholische Kirche Danzig*, S. 100, 136–137.) Er war weder durch seine Abstammung noch durch seine politischen Einstellungen eng an Preußen orientiert. Vielmehr läßt sich ein geschicktes diplomatisches Taktieren feststellen, daß eher an der Kultivierung eines guten Verhältnisses beider Regierungen interessiert war als an der Durchsetzung politischer Maximen.

<sup>87</sup> Volk, S. 21.



der persönlichen Auseinandersetzung beider deutscher Diplomaten, denen von deutscher Seite das Gelingen der Konkordatssondierungen anvertraut war. Allein deshalb führten diese Dissonanzen nun tatsächlich dazu, die Verhandlungen zu *obstruieren*.

Auch Besprechungen mit dem Reichsinnenministerium, das weiterhin eigene Kompetenz in Konkordatsfragen neben dem Auswärtigen Amt beanspruchte, zeigten am Jahresende Spannungen zwischen den beiden Reichsbehörden.<sup>88</sup> Das Innenministerium war es auch, das durch den Koch-Weser-Runderlaß im Januar 1921 die Initiative ergriff, um ein „grundsätzliches Einverständnis“<sup>89</sup> über die neun Verhandlungspunkte Delbruecks zu erzielen. Bekanntlich war das Echo, insbesondere aus Bayern und Preußen, alles andere als ermutigend.<sup>90</sup> Preußen schlug nun selbst Konkordatskurs ein und bildete mit Bayern „eine möglichst geschlossene Front dem Reich gegenüber“.<sup>91</sup> Obwohl sich von allen Seiten Widerstände auftürmten, hatte die Konkordatsidee längst eine Dynamik<sup>92</sup> entwickelt, die auf der isolierten außenpolitischen Situation nach dem Versailler Vertrag basierte. Diese außenpolitischen Motive warf Delbrueck wieder und wieder als Hauptargument für den Verhandlungseintritt mit der Kurie in die Waagschale, ohne allerdings die Widerstände angemessen einzuschätzen und ihnen entsprechend Rechnung zu tragen.<sup>93</sup> In Ressortbesprechungen wies er beständig und eindringlich auf die Gesichtspunkte hin, „aus denen für das Reich ein Reichskonkordat eine politische Notwendigkeit sei“.<sup>94</sup> Außerdem hob er den Prestigegewinn für Deutschland durch den Abschluß eines internationalen Vertrages hervor. Diese Motivation und Delbruecks Verhandlungswillen ließen die Sondierungen nicht abbrechen; beide Faktoren reichten aber nicht aus, um auf deutscher Seite einen Durchbruch in der Verhandlungsofferte zu er-

<sup>88</sup> Vgl. ebd., S. 8. Daß das Auswärtige Amt im Gegensatz zum Innenministerium die Länder berücksichtigen und nach Möglichkeit das Innenministerium zurückdrängen wollte, war eine rechtliche Notwendigkeit, weil die Länder die Kulturhoheit besaßen und ihre Zustimmung zu einem Reichskonkordat eine *conditio sine qua non* darstellte. Zusätzlich verpflichtete sich das Außenministerium im November 1920 durch eine schriftliche Zusage an Pacelli, der zunächst ein bayerisches Konkordat als Muster aushandeln wollte, diesem keine Hindernisse in den Weg zu legen: vgl. Scholder, S. 80.

<sup>89</sup> Druck der Richtlinien vom 6. Januar 1921 zuerst bei: Deuerlein, S. 17–18, hier S. 18; Kupper, Anhang Nr. 5, hier S. 441.

<sup>90</sup> Vgl. Volk, S. 9; Scholder, S. 81. Von Pacellis Vertrauensmann Kaas wird folgende Situationsbeschreibung überliefert: „Ob ein neues Konkordat wirklich herauskommt?“, May, Bd. 2, S. 362. Noch deutlicher der Staatssekretär im preußischen Kultusministerium, Carl Heinrich Becker, der die Richtlinien rundweg „als ganz unmöglich“ (Volk, S. 8) bezeichnete.

<sup>91</sup> Volk, S. 9. Vgl. Golombek, S. 13: „föderalistische Komplicenschaft mit Bayern“.

<sup>92</sup> Volk, S. 9 ohne konkreter zu werden: „Druck, der von dem Projekt als solchem ausging“.

<sup>93</sup> Delbrueck glaubte, schon im November 1920 in Rom persönlich mit dem Hl. Stuhl verhandeln zu können: GStA München, Bayer. Gesandtschaft Päpstl. Stuhl 972, Vormerkung vom 23. September 1920.

<sup>94</sup> Aktenvermerk über eine Besprechung vom 11. November 1921: Deuerlein, S. 24–29, hier S. 25–26.

reichen. Bis zum Frühjahr 1921 konnte zumindest erreicht werden, daß die beiden Gliedstaaten – Preußen und Bayern – die klare Absicht erklärten, ein Reichskonkordat – wenn überhaupt – nur nach bayerischem und preußischem Abschluß zuzulassen.<sup>95</sup>

Regierungswechsel in Berlin<sup>96</sup> begünstigten im Sommer 1921 weitere Erörterungen, nachdem das Reich Preußen grünes Licht für ein eigenes Konkordat gegeben hatte.<sup>97</sup> Bekanntlich erhielt die Konkordatsidee während der Kanzlerschaft Joseph Wirths, der in seinem zweiten Kabinett auch zeitweise das Außenamt übernahm,<sup>98</sup> neuen Aufwind.<sup>99</sup> Daher konnte man im November 1921 in die bisher intensivste Phase der Konkordatserörterungen eintreten. Um zunächst das größte Hindernis, den bayerischen Sonderweg, aus dem Weg zu räumen, forcierte der Kanzler die Intensität der Gespräche mit dem Nuntius und Bayern, dessen neuer Regierungschef Graf Lerchenfeld als kompromißbereit galt.<sup>100</sup> Bevor der Nuntius am 10. November nachmittags mit Wirth sprach, hielt man eine interministerielle Besprechung<sup>101</sup> zwischen preußischen und Reichsministerien ab, in der Delbrueck prononciert die beiden Hauptprobleme umriß: das Einlenken Bayerns als Voraussetzung für Verhandlungen der Reichsregierung und die von der Kurie geforderte Regelung der Schulfrage. Der Vatikanreferent, der dazu zuvor die römische Haltung bei Kaas erkundet hatte, sprach sich dafür aus, die Schulartikel in den Vertrag aufzunehmen, um außen- und innenpolitische Vorteile durch einen Vertragsabschluß zu gewinnen. Denn in den Grenzgebieten stand eine endgültige jurisdiktionelle Regelung unmittelbar bevor, nachdem die Volksabstimmungen in Oberschlesien (20. März 1921), Ost- und Westpreußen (11. Juli 1920) sowie die Minderheitengarantien, die bis Oktober 1921 mit Einschluß Oberschlesiens ratifiziert worden waren, politische Tatsachen schufen, an die sich die Katholische Kirche bei der Umschreibung der Jurisdiktionsbezirke in alldem hielt.<sup>102</sup> Daher hielt Delbrueck ein Ent-

<sup>95</sup> PA/AA, II Vat. Po 2 Nr. 1/Bd. 2, Delbrueck an Bayer. Gesandtschaft vom 12. März 1921. Vgl. auch Bericht der Preuß. Gesandtschaft in München vom 28. Januar: „In Kreisen des preußischen Zentrums stelle man sich auf den Standpunkt, daß die Schaffung eines Reichskonkordats endgültig aufgehoben werden müsse.“

<sup>96</sup> 1. Kabinett des Zentrumspolitikers Joseph Wirth (10. Mai–22. Oktober 1921), vgl. Laubach, S. 259; Laubach behandelt die Konkordatsfrage nur marginal. – Vom 9. April bis 2. November 1921 war der Zentrumsminister Adam Stegerwald preußischer Regierungschef; vgl. H. Hömig, Das preußische Zentrum in der Weimarer Republik (= Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B, Bd. 289), Mainz 1979, S. 98–111.

<sup>97</sup> Vgl. Volk, S. 10.

<sup>98</sup> Wirth leitete das AA vom 26. Oktober 1921 bis zum 21. Januar 1922 und vom 26. Juni bis zum 14. November 1922.

<sup>99</sup> Vgl. Schreiber, Deutsche Kirchenpolitik, S. 315; Laubach, S. 57–58, 259–260. Vgl. auch Bauer, S. 171.

<sup>100</sup> Vgl. Volk, S. 11. Regierungszeit Hugo Graf von und zu Lerchenfeld-Köfering (1871–1944): 21. September 1921 bis 2. November 1922; vgl. NDB, Bd. 14, S. 314–315.

<sup>101</sup> ARK, Nr. 134.

<sup>102</sup> Vgl. Stasiewski, Die kirchlichen Grenzen in Ostdeutschland zwischen den beiden Weltkriegen, in: Die deutsche Ostgrenze von 1937, Köln/Wien 1967, S. 26.

gegenkommen gegenüber der Kurie und Bayern für politisch opportun. Er sollte mit der Annahme recht behalten, daß der bayerische Widerstand geradezu unüberwindlich sein werde.<sup>103</sup>

So wie Pacellis Katholikentagsrede vom 28. August<sup>104</sup> so brachte auch der kurze Gedankenaustausch zwischen Kanzler und Nuntius am 10. November der Konkordatsidee neuen Aufwind; an der römischen Position konnte sich jedoch nichts ändern. Auch die Konferenz mit den bayerischen Vertretern am folgenden Tag brachte keinen Durchbruch:<sup>105</sup> Wirth hatte sich in Lerchenfeld getäuscht; seine Umstimmungsversuche waren unter Aufbietung aller Mittel erfolglos.<sup>106</sup> Auch hier betonte Delbrueck konkret und in scharf umrissener Form die Jurisdiktionsfrage in den Abtretungsgebieten Danzig, Posen, Oberschlesien und dem Saargebiet. Der Vatikanreferent hoffte mittels eines Konkordates, für die abgetrennten Ostgebiete Apostolische Administratoren bestellen zu können (Art. 5), die man für deutsche Interessen gewinnen könne. Denn ein günstiges Reichskonkordat, so führte Delbrueck aus, würde eine Einigung auch über Themen ermöglichen, die nicht unmittelbar in den Rahmen eines Kirchenvertrages gehörten. Dazu brauchte man die Unterstützung Preußens, da seine damaligen und ehemaligen Diözesen betroffen waren (Breslau, Kulm, Ermland, Gnesen/Posen).

Delbruecks Verhandlungsstrategie trat auch bei dieser Konferenz deutlich zutage: Würde Bayern dem Rahmenkonkordat zustimmen, würde es auch die preußische Staatsregierung tun.<sup>107</sup> Sein Hauptargument: Ohne den Abschluß eines solchen Abkommens drohe „ein Verlust von rund zwei Millionen Deutschen innerhalb einer Generation“.<sup>108</sup> Auch für den Reichskanzler war dies die einzig plausible und konkrete Begründung für die Dringlichkeit eines Reichskonkordates. Diesem Sachargument konnte sich Bayern nicht verschließen, ließ aber durchblicken, daß sein Sonderweg endgültig zementiert war. Außerdem läßt sich aus dem Protokolltext der Konferenz erkennen, daß das Reichsinnenministerium seine Verhandlungskompetenz noch nicht aufgegeben hatte.

### 5.3. Die Pacelli-Punktation II

Dennoch war Wirths Optimismus ungebrochen, einen Weg zum Abschluß eines Rahmenkonkordats zu finden. Am 14. November bat er um eine Liste der römischen Wünsche und erhielt vom Nuntius postwendend eine Zusam-

<sup>103</sup> „Bayern sei seiner Auffassung nach nicht bereit, in das Reichskonkordat einzutreten“: ARK, Nr. 134, S. 374.

<sup>104</sup> Rede bei: Deuerlein, S. 23.

<sup>105</sup> Vgl. das ausführlichere Protokoll der Reichskanzlei bzw. des AA: ARK, Nr. 139. Das bayerische Protokoll ist ediert bei: Deuerlein, S. 24–29.

<sup>106</sup> Wirth griff zu pathetischen Wendungen: „Die Frage des Reichskonkordats müsse auch unter dem Gesichtspunkte der Rettung des Vaterlandes behandelt werden“: ARK, Nr. 139, S. 388.

<sup>107</sup> Vgl. hierzu Samerski, *Katholische Kirche Danzig*, S. 255–256.

<sup>108</sup> Deuerlein, S. 26.

menstellung von 20 Punkten.<sup>109</sup> Interessant ist dabei, daß die Punktation nicht in das Vatikanreferat kam, also nicht direkt Delbrueck vorlag, aber dennoch im Auswärtigen Amt bearbeitet wurde, um sie dem Preußischen Staatsministerium zuzusenden.<sup>110</sup> Wurde die Konkordatsfrage im Außenministerium zur Chefsache erklärt?

Die neue Demarche des Kanzlers wurde vom Hl. Stuhl offen unterstützt. In einem geheimen Konsistorium sprach Benedikt XV. von der Bereitschaft, mit allen Staaten neue Vereinbarungen zu treffen, die der veränderten politischen, gesellschaftlichen und verfassungsrechtlichen Situation Rechnung trügen.<sup>111</sup> Damit übte der Hl. Stuhl einerseits deutlichen Konkordatsdruck insbesondere auf Preußen und das Reich aus.<sup>112</sup> Andererseits unterstützte der Papst nicht zufällig die politische Lage Wirths und des Auswärtigen Amtes dadurch, daß er dem Wunsch nach einem Reichskonkordat Ausdruck gab, welches nach seiner politischen Wirkung „nur die Reichseinheit fördern“<sup>113</sup> könne. Diese primäre Motivation für einen Abschluß, die Regelung der brisanten Jurisdiktionsfragen in den Grenzregionen Deutschlands, erkannte auch der bayerische Gesandte Otto Frhr. von Ritter zu Groenesteyn,<sup>114</sup> als er seiner Regierung berichtete, Kardinalstaatssekretär Gasparri habe den Eindruck, „daß die Reichsregierung nicht so sehr aus kirchenpolitischen und allgemeinen politischen, als aus innenpolitischen Gründen auf einem Reichskonkordat“<sup>115</sup> bestehe. Weiteren Aufwind erhielt Wirth am 2. Dezember von Gasparri. Dieser äußerte gegenüber dem Vatikanbotschafter von Bergen die feste Absicht, ein Rahmenkonkordat des Reiches zu unterstützen und eilig zu fördern. Außerdem deutete der Kardinal an, den nationalen Wünschen des Reiches Rechnung tragen zu wollen.<sup>116</sup>

Pacellis Punktation verstimmte Preußen augenblicklich. Schon im November stieß Delbrueck dort auf eine eisige Stimmung, die durch die unausweichliche Regelung der Schulfrage hervorgerufen wurde.<sup>117</sup> Das preußische

<sup>109</sup> Pacelli-Punktation II bei: Kupper, Anhang Nr. 6.

<sup>110</sup> Vgl. ebd. S. 441, Kopfrege II und Anm. 2.

<sup>111</sup> Allokution des Papstes veröffentlicht: *Acta Apostolicae Sedis* 13 (1921), S. 521–524; *Osservatore Romano*, 21./22. November 1921. Vgl. auch Deuerlein, S. 30.

<sup>112</sup> Gasparri betonte am 25. November gegenüber von Bergen, daß Deutschland zwar nicht zu den engeren Adressaten der Allokution gehöre, gleichzeitig aber auch nicht unbetroffen sei; vgl. hierzu Volk, S. 15.

<sup>113</sup> Zitiert nach: Deuerlein, S. 30.

<sup>114</sup> Otto Frhr. v. Ritter zu Groenesteyn (1864–1940) war 1909–1914 und 1919–1934 bayerischer Gesandter beim Hl. Stuhl.

<sup>115</sup> GStA München, Gesandtschaft Päpstlicher Stuhl Nr. 972, Bericht Ritters vom 27. November 1921 Nr. 164.

<sup>116</sup> PA/AA, II Vat. Po 2 Nr. 1/Bd. 3, Telegramm von Bergens vom 2. Dezember 1921 Nr. 198.

<sup>117</sup> Volk, S. 12 führt die „Erbitterung“ Preußens auf die „Unbekümmertheit, mit der er (Wirth) die preußischen Instanzen übergang“, zurück. Die Bitte um die römischen Wünsche kann kaum als „aufsehenerregende Konkordatsdemarche“ (ebd.) bezeichnet werden. Zudem lag der Schlüssel für Verhandlungen in München und nicht bei Preußen. Schon vor der Übersendung der Punktation II an das Preuß. Staatsministerium war dort be-

Kultusministerium bezeichnete die Einbeziehung der Schulfrage lapidar als „grundsätzlich unannehmbar“.<sup>118</sup> Auf dieses Echo reagierte Pacelli gegenüber Delbrueck unterkühlt, hoffte aber durch außenpolitische Konzessionen – er bot an, bei der Errichtung und Besetzung ostdeutscher Administraturen und hinsichtlich kirchlicher Garantien für die deutsche Minderheit in Polen Reichsinteressen zu berücksichtigen – die Schulbestimmungen doch noch durchzubringen.<sup>119</sup> „Ganz vorläufige Gegenvorschläge“,<sup>120</sup> die der Vatikanreferent dem Nuntius präsentierte, stießen dort auf offene Verhandlungsbereitschaft.

Gegenüber Preußen hielt der Nuntius „den Trumpf der Trierer Sedisvakanz in der konkordatspolitischen Auseinandersetzung“<sup>121</sup> in Händen. Auf Intervention der Bischöfe von Köln und Breslau konnte am 6. Januar 1922 nach zähem Ringen Preußen zum Einlenken bewogen werden.<sup>122</sup> Delbrueck, dem die Zügel bei der Verhandlungsführung entglitten zu sein schienen, sah bereits Anfang Dezember auch auf bayerischer Seite erste Zeichen des Entgegenkommens.<sup>123</sup> Seine Position wurde dadurch weiter geschwächt, daß das Reichsinnenministerium weiterhin auf einer Mitsprache beharrte und Preußen nach Möglichkeit heraushalten wollte.<sup>124</sup> Auffallend ist, daß sich das Ministerium das Argumentationsschema Delbruecks zu eigen machte, wonach ein dauerndes Vertragsverhältnis mit dem Hl. Stuhl „für die Aussenpolitik von grossem Werte“<sup>125</sup> sei. Um die Jahreswende mahnte der Innenminister die Länder und das Auswärtige Amt zu einem eiligen Verhandlungseinstieg.<sup>126</sup>

---

kannt, daß Wirth als politisches Opfer die Regelung der Schulfrage Pacelli konzedieren würde. Delbrueck sprach dies auf der Konferenz vom 10. November deutlich aus: „Die vom Reich bisher aufgestellten Richtlinien müßten auf dem Gebiete der Schule eine Ergänzung erfahren. Das Reich würde hier einige Opfer bringen müssen.“ Die Verstimmung Preußens ist nicht zuletzt auf die exklusive Haltung des Reichsinnenministeriums zurückzuführen, das Preußen aus den Sondierungen heraushalten wollte. Wenn das Innenministerium Wirth am 7. Dezember dazu aufforderte, mußte der Außenminister bisher diese Haltung nicht an den Tag gelegt haben; PA/AA, Vat. II Po 2 Nr. 1/Bd. 3, Reichsinnenministerium an AA vom 7. Dezember 1921.

<sup>118</sup> Zitiert nach: Volk, S. 13.

<sup>119</sup> PA/AA, II Vat. Po 2 Nr. 1/Bd. 3, Delbrueck an von Bergen vom 5. November 1921.

<sup>120</sup> Ebd. Über solche Entwürfe ist nichts weiteres bekannt; sie scheinen auch eher privaten Ursprungs zu sein, da sie später nicht weiter erörtert wurden.

<sup>121</sup> Volk, S. 17.

<sup>122</sup> Ebd., S. 18–19.

<sup>123</sup> PA/AA, II Vat. Po 2 Nr. 1/Bd. 3, Delbrueck an von Bergen vom 5. November 1921.

<sup>124</sup> PA/AA, II Vat. Po 2 Nr. 1/Bd. 3, Reichsinnenministerium an AA vom 7. Dezember 1921.

<sup>125</sup> PA/AA, II Vat. Po 2 Nr. 1/Bd. 3, Anlage zu: Reichsinnenministerium an AA vom 10. Dezember 1921.

<sup>126</sup> PA/AA, II Vat. Po 2 Nr. 1/Bd. 3, ebd.; Reichsinnenministerium an Bayerisches Staatsministerium vom 10. Dezember 1921; Reichsinnenministerium an AA und Staatssekretär der Reichskanzlei vom 22. Dezember 1921.

### 5.3. Der Entwurf von Bergens

Angesichts der günstigen Situation fertigte von Bergen, der die römische Atmosphäre sogar bis über die Grenzen der Neutralität hinaus als überaus freundlich einschätzte,<sup>127</sup> einen ersten formvollendeten Gegenentwurf zur Punktation II an.<sup>128</sup> Damit stellte sich der Botschafter in der Auseinandersetzung um die Schulfrage unmißverständlich auf die Seite der Reichsregierung. Seine Situation in Rom glich seit November einer Zerreißprobe, da von Bergen de facto beide Regierungen an der Kurie vertrat.<sup>129</sup> Außerdem meldete der Botschafter durch die Erarbeitung seines Entwurfes ein Mitspracherecht bei den Verhandlungen an.<sup>130</sup> Daß er gut präpariert war, steht außer Zweifel. Außerdem war von Bergen für die Vertretung des Junktims – Berücksichtigung der deutschen Interessen bei der östlichen Jurisdiktionsfrage im Gegenzug zur Aufnahme von Schulartikeln – in Rom der geeignete Mann.<sup>131</sup> Noch im Januar ging ihm ein Katalog von der Zentrale zu. Bergens Leistung bestand darin, Geben und Nehmen für beide Seiten zu einem gewissen Ausgleich zu bringen. Er selbst verstand seinen Entwurf, wie er in einem Brief an Delbrueck bekennt,<sup>132</sup> nur als einen „Vertrags-Rahmen“, der keinesfalls Pacelli zur Diskussion vorzulegen sei. Delbrueck sollte als „Fachmann“ nach interministerieller Kompetenzklärung einen Gegenentwurf zur Pacelli-Punktation ausarbeiten.

### 5.4. Der Delbrueck-Entwurf I

Im Frühjahr 1922 mühte man sich im Reichsministerium des Innern und im Auswärtigen Amt fieberhaft um die Erstellung solcher Gegenvorschläge, die Delbrueck und der Referent für Kirchenfragen im Innenministerium, Georg Kaisenberg, gemeinsam ausarbeiten sollten. Die Frage nach der Textgeschichte des Delbrueck-Entwurfes I hat Ludwig Volk sachkundig zugunsten des Vatikanreferenten als der „treibenden Kraft und tonangebenden Instanz“<sup>133</sup> entschieden. Auf Wunsch des Innenministeriums wurde Preußen bei der Ausarbeitung ausgeklammert. Dies entsprach auch Delbruecks Ab-

<sup>127</sup> PA/AA, II Vat. Po 2 Nr. 1/Bd. 3, Telegramm von Bergens vom 29. Dezember 1921.

<sup>128</sup> Druck des Entwurfs vom 18. Januar 1922: Kupper, Anhang Nr. 7.

<sup>129</sup> PA/AA, II Vat. Po 2 Nr. 1/Bd. 3, Bericht von Bergens vom 9. Dezember 1921: „Ich kann auf die Dauer nicht zwei Herren dienen, deren Interessen nicht conform gehen“. Antwort: Erlaß an von Bergen vom 13. Dezember 1921 (ebd.): „Wenn die Situation für Sie auf die Dauer nicht erträglich ist, wie ich gern glaube“.

<sup>130</sup> Vgl. Volk, S. 20.

<sup>131</sup> PA/AA, II Vat. Po 2 Nr. 1/Bd. 3, Erlaß an von Bergen vom 27. Dezember 1921 (Telegramm Nr. 145): Mit der Vertretung dieses Junktims wurde von Bergen vom Staatssekretär im AA, Edgar Haniel von Haimhausen, am 27. Dezember 1921 beauftragt. Unverständlich: Volk, S. 20, spricht von Rom als Peripherie.

<sup>132</sup> Druck des Briefes vom 18. Januar 1922 bei: Kupper, S. 448 Anm. 1.

<sup>133</sup> Volk, S. 20 Anm. 118.

sicht: den Hemmschuh Preußen zunächst zu umgehen und die preußischen Instanzen schließlich vor vollendete Tatsachen zu stellen. Er glaubte nämlich, der dortige Widerstand könne überwunden werden, wenn man sich mit Bayern einige. Die letzten Besprechungen mit der bayerischen Regierung ließen aber für die Aufnahme regulärer Verhandlungen mit dem Hl. Stuhl nur eine Möglichkeit offen: den bayerischen Abschluß abzuwarten<sup>134</sup>, um dann das Einverständnis aus München für die Reichsregierung zu erhalten. Eine solche unumgängliche Erklärung gab Delbrueck im Juni 1922 gegenüber der Bayerischen Gesandtschaft in Rom ab.<sup>135</sup>

Inzwischen hatten sich die politischen Rahmenbedingungen geändert, die nun dem außenpolitischen Junktim seine Brisanz nahmen. In den Grenz- und Abtrennungsgebieten in Ost und West, die für den Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Edgar Haniel von Haimhausen, „von größter nationaler Bedeutung“<sup>136</sup> waren, traten entscheidende Veränderungen ein: Am 24. Februar 1922 zeigte Pacelli dem preußischen Kultusministerium persönlich an, daß für die Freie Stadt Danzig eine deutschen Interessen entgegenkommende Lösung gefunden wurde;<sup>137</sup> wenige Monate später wurde die Apostolische Administratur Oberschlesien offiziell eingerichtet;<sup>138</sup> hinsichtlich der Saarfrage erklärte Pacelli, daß der Papst dem Trierer Domkapitel die Wahl eines neuen Bischofs gestattet habe.<sup>139</sup> Der Hl. Stuhl hatte damit gewissermaßen seine Vorleistungen für die Aufnahme von Schulartikeln erbracht. Eine weitergehende Berücksichtigung deutscher Interessen in den Grenzgebieten ließ sich für Delbrueck bei den Konkordatsverhandlungen fortan nur noch zur Nebenbedingung machen. Auch das Innenministerium kam zu dieser Überzeugung.<sup>140</sup>

Auch weiterhin betrieb Delbrueck das Konkordatsprojekt mit aller Energie – glaubte er doch, daß sein Bemühen in absehbarer Zeit Erfolg haben werde. Chefbesprechungen zwischen den Reichsministerien und den Ländern – insbesondere mit Preußen<sup>141</sup> – ordnete er dem Placet der Bischöfe

<sup>134</sup> Der bayerische Vatikangesandte Ritter hoffte, seine Regierung könne den Konkordatsentwurf schon im Herbst 1922 dem Landtag vorlegen: GStA München, Bayer. Gesandtschaft Päpstl. Stuhl 972, Bericht vom 16. Juli 1922.

<sup>135</sup> Vgl. Deuerlein, S. 45.

<sup>136</sup> PA/AA, II Vat. Po 2 Nr. 1/Bd. 3, Aufzeichnung Haniels vom 14. Februar 1922.

<sup>137</sup> Vgl. hierzu Samerski, Katholische Kirche Danzig, S. 121. Am 21. April 1922 wurde für das Gebiet der Freien Stadt eine Apostolische Administratur errichtet.

<sup>138</sup> Seit dem 24. Oktober 1921 Fürstbischöfliche Delegation und nach der staatlichen Grenzziehung am 7. November 1921 Apost. Administratur; E. Brzoska, Das christliche Oberschlesien, Bonn 1964, S. 58–59.

<sup>139</sup> PA/AA, II Vat. Po 2 Nr. 1/Bd. 3, Preuß. Ministerium für Wissenschaft/Kunst und Volksbildung an AA vom 27. Februar 1922.

<sup>140</sup> PA/AA, II Vat. Po 2 Nr. 1/Bd. 3, Aufzeichnung Delbruecks vom 14. Februar 1922: „eine günstige Haltung der Kurie in folgenden Fragen von größter nationaler Bedeutung zur Nebenbedingung machen lassen“: es folgt die Saarfrage, Danzig und Oberschlesien. Vgl. auch Zusammenstellung des Reichsinnenministeriums vom 13. März 1922: Kupper, Anhang Nr. 8: Unter „II. Punkte, bei denen gewisse Einschränkungen nötig sind“: „2. Bestimmungen der Diözesangrenzen“ (S. 456).

<sup>141</sup> In einer Besprechung vom 15. Juli 1921 wurde vereinbart, daß das AA, Reichs-

nach, die er im Mai in Köln und München aufsuchte.<sup>142</sup> Kardinal Joseph Schulte aus Köln und der Nuntius äußerten sich allem Anschein nach ermutigend, so daß Delbrueck seinen Entwurf im päpstlichen Staatssekretariat vorlegen zu können glaubte, wozu ihn Pacelli ermutigte.<sup>143</sup> Tatsächlich sah man im Frühsommer auch im Auswärtigen Amt günstige Voraussetzungen für die Aufnahme regulärer Verhandlungen, die nach wie vor außenpolitisch motiviert waren: „Bei demnächst vorzunehmender Neuregelung der kirchlichen Verhältnisse im Osten ist ein enges Einverständnis mit der Kurie Voraussetzung für eine genügende Berücksichtigung der deutschen Interessen.“<sup>144</sup> Auch hinsichtlich der Saarfrage wurde mit der „Geschlossenheit des Reiches“<sup>145</sup> argumentiert.

### 5.5. Delbruecks Romreise

Delbrueck brach am 3. Juni zu einem fast dreiwöchigen Romaufenthalt auf, der ihm bekanntlich zum Fiasko werden sollte. Für die Tatsache, daß ihn dort der Vatikanbotschafter Diego von Bergen praktisch handlungsunfähig machte, sind sehr subtile und in der Literatur bisher nicht differenziert genug dargelegte Ursachen verantwortlich.<sup>146</sup> Dem ständig wiederholten Vorwurf, von Bergen hätte pro-preußische Politik betrieben, ist zunächst faktisch folgendes entgegenzuhalten: Der Botschafter erstellte am 18. Januar 1922 einen Konkordatsentwurf, der der politischen Linie des Auswärtigen Amtes Rechnung trug, und allein schon damit Preußen brüskieren mußte. Zudem handelte der Entwurf die Schulfrage ausführlich in acht Artikeln (XIII–XX) ab. Bereits oben sahen wir, daß von Bergen, dessen Handlungsspielraum durch den Interessenskonflikt zwischen der Reichsregierung und Preußen eng begrenzt war, im letzten Reichsinteressen vertrat. Allerdings mußte auch ihn

---

innenministerium und preuß. Kultusministerium in Kontakt bleiben sollten. Vgl. ARK, Nr. 49.

<sup>142</sup> ADAP, Serie A, Bd. 6, Göttingen 1988, Nr. 168: Aufzeichnung von Mutius' vom 2. August 1922. Rückblickend beschreibt der Gesandte dieses Vorgehen als „hiesige Taktik“ (S. 350). Vgl. auch Volk, S. 21. Volk erkennt hier Delbruecks Hauptfehler: mangelnde Umsicht und Behutsamkeit.

<sup>143</sup> PA/AA, II Vat. Po 2 Nr. 1/Bd. 4, Geheimaufzeichnung des AA vom 13. Mai 1922. Danach zeigte sich Schulte im wesentlichen einverstanden. Daß man den Erzbischof von Köln konsultierte und nicht Bertram, was Volk (S. 21) als unverständlich bezeichnet, lag daran, daß man sich von Schulte mehr Unterstützung erhoffte als vom Breslauer Fürstbischof, der sich häufiger gegenüber staatlicher und kirchlicher Seite verstimmt zeigte. – Pacelli erbat eine italienische Übersetzung, die er „mit einigen Bemerkungen nach Rom schicken“ (ebd., Aufzeichnung vom 13. Mai 1922) wollte.

<sup>144</sup> PA/AA, II Vat. Po 2 Nr. 1/Bd. 4, Aufzeichnung von Mutius' vom 1. Juni 1922.

<sup>145</sup> Ebd. Vgl. auch Schreiber, Demokratie und Diktatur, S. 81.

<sup>146</sup> Volk, S. 21: „steuerte Bergen in der Sache einen harten Obstruktionskurs“; S. 23: „Sich so unbedingt mit dem preußischen Standpunkt zu identifizieren“. Scholder, S. 85: „Der deutsche Botschafter (...) vertrat verabredungsgemäß ja noch immer auch die Interessen Preußens“. Scholder meldet bereits Kritik an der Simplifizierung und Verdammung der Taktik von Bergens an: S. 760 Anm. 84.



das rigide Vorgehen Delbruecks befremden: Das Übergehen der preußischen Regierung war ein schwerer taktischer Fehler des Vatikanreferenten gewesen. Hinzu kam, daß der Botschafter seine eigenen Vorschläge ungenügend rezipiert fand. Obgleich er sie nur als „Anregung“ verstand und sie dem „Fachmann“ Delbrueck zur Bearbeitung zusandte, versprach er sich doch als Vatikankenner stärkere Berücksichtigung.<sup>147</sup> Ebenso verständnislos reagierte er darauf, daß Delbrueck ihm seinen Entwurf erst nach der Konsultation Schultes und Pacellis zusandte und ihn dadurch zurücksetzte.

Dies führte dazu, daß Delbrueck im Vatikan weder angemeldet noch entsprechend eingeführt wurde, so daß seine kurialen Gesprächspartner, allen voran der Unterstaatssekretär Borgongini Duca, den Eindruck eines informellen Gedankenaustausches erhielten.<sup>148</sup> Zurücksetzung erfuhr Delbrueck auch bei einem ersten Gespräch in der deutschen Vatikanbotschaft, wo von Bergen nach kurzer Zeit seinen Mitarbeitern, Botschaftsrat Richard Meyer und dem Konsultor Johannes Steinmann, die Diskussion der Verhandlungspunkte überließ. Zu dritt analysierte man sowohl die Artikel des Delbrueck-Entwurfes als auch die Positionen Gasparri und Borgongini Ducas, wobei naturgemäß die Vertreter der Botschaft deutlich die Position von Bergens vertraten und auf dessen Entwurf rekurrierten. Insbesondere bei der Neuumschreibung der Diözesangrenzen, die auch Gasparri zunächst konkordatar festschreiben wollte, verwies die Botschaft auf Rücksprache mit den Ländern, insbesondere mit Bayern und Preußen, damit „jeder Grund für Empfindlichkeiten fortfallen“<sup>149</sup> würde. Dies scheint bei näherer Betrachtung auch der Grund für von Bergens kritische Haltung gegenüber Delbruecks Entwurf zu sein. Er war weder grundsätzlich gegen Konkordatsverhandlungen, noch gegen Erörterungen in Rom, doch schienen ihm die Vorarbeiten für einen solchen Schritt noch nicht abgeschlossen zu sein. Aus taktischen Gründen hätte man Preußen nicht übergehen sollen, dessen Einverständnis, nach Ansicht der Botschaft, leicht hätte herbeigeführt werden können.<sup>150</sup> Man darf annehmen, daß die Vatikanbotschaft von der preußischen Regierung instruiert wurde, jegliche Sondierungsgespräche mit der Kurie zu torpedieren.<sup>151</sup> Noch vor Delbruecks zweiter Unterredung im Apostolischen Palast wurde er in die Zentrale zurückgerufen.

<sup>147</sup> Volk, S. 23, auch hier die Motivation von Bergens überzeichnend: „daß bei dieser Gelegenheit das provozierende Rollenbewußtsein des Vatikanbotschafters ungeschminkt nach außen durchbrach“. Ebenso: „Unsachlichkeit, Einseitigkeit und Voreingenommenheit“.

<sup>148</sup> Vgl. hierzu Volk, S. 22. Gespräche fanden am 12. und 22. Juni 1922 statt.

<sup>149</sup> PA/AA, II Vat. Po 2 Nr. 1/Bd. 4, Aufzeichnung über die Besprechung vom 12. Juni 1922.

<sup>150</sup> Ebd.: „eine Aussprache mit der Preussischen und Bayerischen Regierung, die ja noch gar nicht erfolgt sei, würde etwaige Missverständnisse wohl sofort beseitigen.“

<sup>151</sup> Vgl. Volk, S. 23 Anm. 131.

## 6. Delbruecks Ausscheiden

Trotz der zweifellos entmutigend wenigen Ergebnisse und Gespräche, die Delbruecks Initiative hervorbrachte, war sein Verhandlungswillen offensichtlich ungebrochen; innerlich mußte er aber erkannt haben, daß seine Position im Auswärtigen Amt wenig Möglichkeiten bot, ein solches Projekt zu leiten bzw. durchzusetzen. Wenn der bayerische Gesandte Ritter Mitte Juli an seine Regierung berichtete, Delbrueck wolle eine Professur in Gießen annehmen, um seine Position im Amt zu stärken,<sup>152</sup> so wird dies zumindest insoweit den Tatsachen entsprechen, daß der Vatikanreferent zu dieser Zeit eingesehen haben mußte, daß ihm unter den damaligen Umständen kaum Möglichkeiten blieben, am Konkordat „hauptamtlich“ weiterzuarbeiten. Der Ruf an die Universität Gießen kam gerade zur rechten Zeit, nämlich Mitte März 1922.<sup>153</sup> Ob er wirklich an ein Ausscheiden aus dem Amt dachte oder nur ein Druckmittel gebrauchte, ist für diese Zeit nicht eindeutig zu entscheiden. An Ritters Berichterstattung ist ebenfalls richtig, daß Delbrueck am 8. April einen Antrag gestellt hatte, um zum Geheimen Legationsrat im Auswärtigen Amt ernannt zu werden,<sup>154</sup> nicht aber, um seine Position aufzuwerten, sondern um höhere Gehaltsforderungen in Gießen stellen zu können, da das Hessische Landesamt für Bildungswesen sich an Delbruecks Bezügen im Auswärtigen Amt orientierte. Insgesamt besteht also kein Grund, Ritters Bericht grundsätzlich keinen Glauben zu schenken. Das Landesamt wollte Delbrueck zunächst zum 1. April einstellen, so daß er im Sommersemester 1922 seine erste Vorlesung abhalten könne. Das Außenamt drängte jedoch darauf, seinen Dienstantritt zu verschieben. Man kam schließlich darin überein, ihn durch das Land Hessen ab August zu besolden und ihn unwiderruflich ab dem 1. Januar 1923 in Gießen lesen zu lassen.<sup>155</sup>

Es ist kaum zu übersehen, daß nun Delbrueck seine verbesserte Position zunächst als Druckmittel gegenüber dem Auswärtigen Amt benutzt hatte, um ungehinderter und effektiver Konkordatsverhandlungen führen zu können. Die von ihm geforderte Kompetenzklärung hinsichtlich der Verhand-

---

<sup>152</sup> GStA München, Bayer. Gesandtschaft Päpstlicher Stuhl 972, Bericht Ritters vom 16. Juli 1922.

<sup>153</sup> Universitätsbibliothek Gießen (UB Gießen), Personalakte Richard Delbrueck (PrA Phil Nr. 6), Berufungsschreiben Delbruecks. PA/AA, Rep. 4, Personalalia Nr. 100: Dr. R. Delbrück, Hess. Landesamt für Bildungswesen an AA vom 23. März 1922. Der offizielle Ruf an Delbrueck ist laut Aussage des Briefes kurz zuvor herausgegangen.

<sup>154</sup> PA/AA, Rep. 4, Personalalia Nr. 100, Delbrueck an Abtlg. I H des AA vom 8. April 1922.

<sup>155</sup> UB Gießen, PrA Phil Nr. 6: Der Dienstantritt Delbruecks wurde nacheinander auf den 1. Juli, 1. August und 15. Oktober 1922 verschoben. Auf einen weiteren Antrag des Auswärtigen Amtes – Delbrueck hatte bis zum August noch keine Wohnung in Gießen finden können – stimmte die Gießener Philosoph. Fakultät am 6. August dem letzten Urlaubsgesuch Delbruecks zu, der bis zum Ende des Jahres von PD Margarete Bieber vertreten wurde. Vgl. auch: PA/AA, Rep. 4, Personalalia Nr. 100, Urkunde des Hess. Landesamtes vom 20. Mai 1922, Abschrift.

lungsführung und der für die Situation bezeichnende Antrag auf Urlaub, den er vom 27. Juni bis zum 31. Juli 1922 nahm, wurden nach seiner Rückkehr aus Rom sofort zu seinen Gunsten entschieden und von Bergen angewiesen, beim Hl. Stuhl für den Delbrueck-Entwurf einzutreten.<sup>156</sup> Es liegt sogar die Vermutung nahe, daß der scheidende Referent versucht haben könnte, beide dienstgebende Seiten gegeneinander auszuspielen; dagegen ist jedoch festzuhalten, daß er auch nach seinem Ruf mit aller Energie bemüht war, die Konkordatssondierungen voranzutreiben, was sowohl der weitere Hergang als auch Ritters Bericht lehrt.

Der von Delbrueck veranlaßte Bericht Pacellis tat im Juli seine Wirkung, so daß die Verhandlungsbereitschaft des Hl. Stuhles trotz seiner Einwände gegen einige Artikel so groß war, daß Ritter Mitte Juli befürchtete, Delbruecks Demarchen könnten schließlich das bayerische Konkordat boykottieren.<sup>157</sup> All dies ermutigte den Vatikanreferenten, der seinen ersten Entwurf unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Rom formgerecht überarbeitete.<sup>158</sup> Delbrueck wollte nicht erkennen, daß auf deutscher Seite die äußeren Rahmenbedingungen für derartige Schritte nicht mehr gegeben waren. Seine letzten diplomatischen Erfolge im Amt glichen Pyrrhus-Siegen, die keine Aussicht hatten, realisiert oder ausgebaut zu werden. Zum einen betrieb Bayern, durch die Berichte Ritters alarmiert, massive Gegensteuerung, um das eigene Konkordat nicht zu gefährden.<sup>159</sup> Die preußische Regierung sperrte sich ebenfalls. Nach der Ermordung des Außenministers Walther Rathenau machte die „allgemeine Erregtheit und Verdrossenheit, die durch die langwierige Regierungskrise entstanden ist und monatelang anhalten wird“,<sup>160</sup> das Auswärtige Amt praktisch handlungsunfähig, so daß Delbrueck selbst zu der Einsicht kam, daß man „das Reichskonkordat etwas zurückstellen“<sup>161</sup> müsse, nachdem das Ministerium zuvor eindringlich versucht hatte, den Professor noch bis Ende des Jahres zu verpflichten, um das Konkordat weiterzubringen.<sup>162</sup> Er verließ schließlich Mitte des Jahres das Auswärtige Amt, um im Januar 1923 seine Vorlesungen für Archäologie an der Landesuniversität Gießen aufzunehmen.<sup>163</sup>

<sup>156</sup> Vgl. Anm. 152: „daß auch der Botschafter, der sich zuerst ganz passiv verhielt, dem Delbrück'schen Entwürfe nunmehr hat näher treten müssen“.

<sup>157</sup> Vgl. ebd.

<sup>158</sup> Druck des Entwurfes Delbrueck II: Kupper, Anhang Nr. 10.

<sup>159</sup> GStA München, Bayer. Gesandtschaft Päpstlicher Stuhl 972, Bericht Ritters vom 16. Juli 1922: „wie ich mehr und mehr zur Überzeugung komme, daß Delbrück die bayerischen Konkordatsverhandlungen überholen wenn nicht sogar sabotieren möchte“.

<sup>160</sup> Gemeint ist das im Reichstag eingebrachte, heftig diskutierte Gesetz zum Schutz der Republik und der politische Streit um die Erweiterung der Reichsregierung. PA/AA, II Vat. Po 2 Nr. 1/Bd. 4, Delbrueck an von Bergen vom 13. Juli 1922.

<sup>161</sup> Ebd.

<sup>162</sup> PA/AA, Rep. 4, Personalien Nr. 100, Aufzeichnung vom 1. Juli 1922; AA an Hess. Gesandtschaft in Berlin vom 8. Juli 1922; AA an Hess. Landesamt vom 17. Juli 1922.

<sup>163</sup> Hermann Meyer-Rodehüser übernahm nach Delbruecks Ausscheiden das Vatikanreferat von 1923 bis 1929.

Andererseits wirkten sich nun die Fehler seines Kalküls aus: Bergen hielt im Juli seine Kritik an Delbruecks bisheriger Taktik und der ungenügenden Wahrung der staatlichen Rechte aufrecht; im August zeigte sich Kardinal Bertram verstimmt, weil er an den Verhandlungen nicht beteiligt wurde.<sup>164</sup> Auch Nuntius Pacelli rückte seit Juli 1922 von seiner bevorzugten Verhandlungsbereitschaft gegenüber dem Reich ab und gab offen dem Bayerischen Konkordat die Präferenz.<sup>165</sup> Spätestens seit September ruhten alle Sondierungen um ein Reichskonkordat. Auch die öffentliche Meinung hatte das Interesse an einem solchen Abkommen verloren, weil seit dem Sommer das Reparationsproblem, der Ruhrkampf und die Inflation deutlich im Vordergrund der Pressemeldungen standen.<sup>166</sup>

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß der Vatikanreferent die Situation im Juli 1922 richtig einschätzte, wenn er von einer Überlastung aller beteiligten Faktoren sprach.<sup>167</sup> Das Verhalten der Länder – insbesondere die intransigente Haltung Bayerns –, die Unstetigkeit der Reichsregierungen sowie Rücksichten auf die Öffentlichkeit ließen die ohnehin schlechten Existenzbedingungen für die Reichskonkordatsverhandlungen auf den Nullpunkt absinken. Die inferiore Position eines Außenseiters, den die Schülersche Reform in das Vatikanreferat brachte, trug nicht zuletzt dazu bei, die Konkordatssondierungen mit der günstig gestimmten Kurie gegenüber allen innenpolitischen und interministeriellen Hemmnissen zum Durchbruch kommen zu lassen. Auch wenn Delbruecks Elan, der in den ersten Jahren der einzige konstante Träger und die Triebfeder der Erörterungen war, schließlich an seiner Position im Amt gescheitert ist,<sup>168</sup> so bleibt doch festzuhalten, daß das Vatikanreferat einen ersten verhandlungsfähigen Entwurf ausgearbeitet hatte, auf den später zurückgegriffen werden konnte. Zudem hatte die Verhandlungsbereitschaft der Reichsregierung die Kurie für die virulenten Jurisdiktionsfragen in den Randgebieten Deutschlands prädisponiert und außenpolitisch interessiert. Diese stets von Delbrueck anvisierte Zielsetzung ist vom Hl. Stuhl bei der Regelung der Jurisdiktions- und Personalfrage respektiert und über das Maß der Neutralität hinaus berücksichtigt worden. Daher haben sich die wichtigsten, außenpolitischen Motive für die Aufnahme von Konkordatsverhandlungen politisch erfolgreich Bahn gebrochen. Trotz all seiner persönlichen Schwächen zeigte Delbrueck gerade hier außenpolitisches Empfinden, Weitblick und diplomatisches Kalkül. Ferner bleibt festzuhalten, daß es nicht allein die preußische Regierung war, die ihn oder die Verhandlungen als solche zu Fall brachte, wie in der Literatur häufig zu lesen ist.

---

<sup>164</sup> PA/AA, II Vat. Po 2 Nr. 1/Bd. 4, Protokoll über die einzelnen Schritte der Verhandlungen vom Dezember 1922.

<sup>165</sup> Ebd.

<sup>166</sup> PA/AA, II Vat. Po 2 Nr. 1/Bd. 4, Aufzeichnung über einen Besuch Delbruecks in München vom 21./22. September 1922. Vgl. auch Scholder, S. 86.

<sup>167</sup> Vgl. Protokoll vom Dezember 1922, vgl. Anm. 164.

<sup>168</sup> Daß Delbruecks Überwechseln nach Gießen seine Position geschwächt habe (Volk, S. 24), ist nach Kenntnis des Sachverhaltes nicht weiter aufrecht zu erhalten.

Diese Monokausalität wird den äußerst subtilen und vielfach verzweigten Existenzbedingungen sowie dem sich ständig verändernden Handlungsspielraum für die Konkordatssondierungen nicht gerecht. Es wird deutlich, daß der preußische Hemmschuh an den eigenwilligen Alleingang Bayerns gebunden war; in der Schulfrage beispielsweise zeigte die preußische Regierung schließlich Kompromißbereitschaft. Wenn Bayern seinen rigorosen Eigenweg aufgegeben hätte, würde Preußen auch gegen einen Konkordatsabschluß mit dem Reich nichts einzuwenden gehabt haben.

Delbruecks persönliche Konsequenz, das Amt zu verlassen, muß demnach als das Scheitern eines Versuches gewertet werden, einem Außenseiter ohne nennenswerte Amtsbefugnisse ein hochsensibles und vielseitig abhängiges Projekt zu übertragen. Die Ambivalenz und Fragilität der „Demokratisierung“ des Auswärtigen Amtes durch die Schülersche Reform wird gerade hier deutlich. Andererseits verlor das Amt durch Delbruecks Ausscheiden einen energischen und leistungsorientierten Verfechter der Konkordatsidee während der Weimarer Republik. Ab 1923 ist nur noch ein episodenhaftes Aufflackern der Konkordatssondierungen erkennbar.

## 7. Delbruecks weitere akademische Laufbahn

Der weitere berufliche Werdegang Delbruecks bewegte sich, entgegen seiner ursprünglichen Absicht, ausschließlich auf akademischem Parkett. Aus den Akten ist nicht erkennbar, daß er dem Auswärtigen Amt über den September 1922 hinaus für Besprechungen oder Konsultationen zur Verfügung stand. Der Ruf auf den Gießener Lehrstuhl Gerhard Rodenwaldts<sup>169</sup> konnte für Delbrueck nicht überraschend kommen, da man ihm schon nach Kriegsende die erste frei werdende archäologische Professur Deutschlands versprach. Durch Intrigen wurde er aber 1918 nicht Nachfolger Hermann Thierschs<sup>170</sup> in Freiburg, sondern erhielt erst den darauffolgend vakanten, mäßig ausgestatteten Gießener Lehrstuhl.<sup>171</sup> Dort befaßte er sich mit seinem alten Forschungsschwerpunkt, der Kunstgeschichte der Spätantike, deren Erforschung er durch mustergültige Editionen ganzer Denkmälergattungen bereicherte. Ebenso widmete er sich der Kleinkunst.<sup>172</sup>

In Bonn wurde durch die Emeritierung von Franz Winter zum 1. Oktober 1927 der Lehrstuhl für klassische Archäologie, speziell Spätantike, frei. Genau ein Jahr später begann dort sein Nachfolger Richard Delbrueck mit

<sup>169</sup> Rodenwaldt (1886–1945) war von 1916–1922 ord. Professor für klass. Archäologie in Gießen, 1929 wurde er zum Präsidenten des Deutschen Archäolog. Instituts in Berlin ernannt.

<sup>170</sup> Thiersch (1874–1939) erhielt 1905 ein Extraordinariat für klassische Archäologie in Freiburg, wurde 1909 Ordinarius und wechselte 1918 auf den Lehrstuhl nach Göttingen.

<sup>171</sup> Vgl. Langlotz, S. 247.

<sup>172</sup> Zu seinen Gießener Forschungen vgl. ebd., S. 247–248.

seinen Vorlesungen.<sup>173</sup> Gleichzeitig wurde er zum Direktor des Akademischen Kunstmuseums berufen. Institut und Bibliothek baute er bei aller Knappheit der Mittel in verschiedene Richtungen aus: Spätantike, Byzantinistik, frühchristliche Kunst aber auch hinsichtlich seines neuen Forschungsgebietes Münzkunde.<sup>174</sup> Daß der vielfältig Interessierte auch hier Außerordentliches leistete, zeigt sich daran, daß er am 14. Januar 1937 als Ehrenmitglied in die Numismatische Gesellschaft in Wien aufgenommen wurde.

Seine strikte Ablehnung jeglicher parteipolitischer Tätigkeit, die ihm schon im Auswärtigen Amt eher Nachteile einbrachte, wirkte sich nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten deutlich auf seine Forschungen aus. Das Reisen wurde ihm erschwert und die Neuorientierung seiner Fakultät und Universität sabotierte eine Vielzahl seiner Projekte. Daher konzentrierte er seine immense Arbeitskraft auf die Publikation antiker Kaiserbildnisse der Spätantike. Bei aller Einschränkung seiner Tätigkeit konnte er beobachten, wie gerade zu dieser Zeit seine wissenschaftliche Leistung in der westlichen Welt rezipiert und der von ihm eingeschlagene Weg fortgesetzt wurde.<sup>175</sup>

Da er seine Abneigung gegen die nationalsozialistische Weltanschauung ohne Vorsicht äußerte und häufiger als sonst mit jüdischen Kollegen verkehrte, wurde er auf Antrag seines Dekans frühzeitig, d.h., obwohl es Kriegszeit war, mit 65 Jahren, am 19. Juli 1940 emeritiert.<sup>176</sup> Bei schwerer werdenden Arbeitsbedingungen und eingeschränktem wissenschaftlichen Austausch beschäftigte er sich mehr als bisher mit der christlichen Archäologie, mußte aber erleben, daß in einer Bombennacht des Jahres 1944 sein Haus völlig zerstört und er selbst verwundet wurde, was ihn über Jahre von jeder wissenschaftlichen Arbeit fernhielt. Verbittert und vereinsamt starb der unermüdliche Forscher am 22. August 1957 in Bonn.

---

<sup>173</sup> UA Bonn, Personalakte der Philosoph. Fakultät: Delbrueck, Bd. 1, Bestallungsurkunde des Preuß. Kultusministeriums vom 27. Juni 1928.

<sup>174</sup> Vgl. zu seinen Bonner Forschungsjahren am kundigsten: Langlotz, S. 248–249; Nachruf in Chronik und Bericht für das akademische Jahr 1955/56, S. 27–28.

<sup>175</sup> Vgl. Langlotz, S. 247–248.

<sup>176</sup> UA Bonn, Personalakte der Philosoph. Fakultät: Delbrueck, Bd. 2, Dekan Tackenberg an Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung vom 6. März 1940. Der Antrag auf frühzeitige Pensionierung wurde vom Rektor am 8. März unterstützt.